:antifaschistische nachrichten

Nr. 20

g 3336 1.10.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Ominöse Konferenz in Bad Sooden

BAD SOODEN. Eine „Gesellschaft für Internationale Friedenspolitik“ will am 17. und 18. Oktober in Bad Sooden-Allendorf einen Kongress unter dem Motto „Krieg in Europa. Die Ukraine im Zentrum der neuen Ost-West-Konfrontation“ durchführen. Vorsitzende der „Gesellschaft für Internationale Friedenspolitik“ mit Sitz in Eschwege ist die Journalistin Friederike Beck, in der Vergangenheit u.a. Autorin in Jürgen Elsässers Zeitschrift „Compact“. Als Referenten auf dem Kongress, der im Kultur- und Kongresszentrum in Bad Sooden-Allendorf stattfinden soll, werden angekündigt: Wolfgang Effenberger, ehemaliger Zeitsoldat und 2004 gemeinsam mit Konrad Löw Autor des Buches „Pax americana“ über die Geschichte der USA, der ehemalige Verkehrspilot Peter Haisenko, der Bundeswehroffizier Christian Neumann, früher Sprecher des „Darmstädter Signal“, der „Compact“-Autor und Dokumentarfilmer Dirk Pohlmann, der ehemalige Berufsoffizier Jochen Scholz und der Publizist Nikolai Starikow, zur Zeit Direktor eines staatlichen russischen Fernsehsenders. Beworben wird die Veranstaltung u.a. in der „Jungen Freiheit“.

hma ■

„Soldatentod“ in der „JF“

HESSEN. Die „Kurhessische Marschgruppe Hürtgenwald“ nimmt in einer Todesanzeige in der „Jungen Freiheit“ (37-2015) Abschied von ihrem Angehörigen, dem Stabsgefreiten d. R. Bernd Vollmer. Dieser starb Ende August bei einem Fallschirmsprung in den Niederlanden den „Soldatentod“. Gelobt werden Vollmers Mut und seine „preußische Pflichterfüllung“. Unterzeichnet wurde die Todesanzeige von Marschgruppenführer Baumann. Die „Marschgruppe Hürtgenwald“ gehört der „Kreisgruppe Kurhessen“ des „Reservistenverbandes“ an.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Messerattacke auf kurdische Jugendliche

Stellungnahme der YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan)



Für de, 12.9.2015 hatten türkische Ultranationalisten aus Kreisen der AKP *(Regierungspartei der Türkei; Red.*) und MHP (*Partei der faschistischen* Grauen Wölfe *in der Türkei; Red.*) eine Demo in Hannover gegen die PKK organisiert. Kurdische Jugendliche blockierten die Demo aufgrund der aktuellen Ereignissen in Kurdistan und der Türkei.

Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei der türkische Ultranationalisten mit Parolen wie „Wir werden euch abschlachten“ mit Waffen auf die kurdische Jugendlichen losgegangen sind. Dabei wurde einem Jugendlichem aus Rojava mit einem Messer in den Hals gestochen. Diese Herangehensweise der Hinrichtung erinnert an die Enthauptungen des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien und Irak. Dass der IS von Erdoğan und seiner AKP militärisch unterstütz wird, ist mittlerweile keine Geheimnis mehr.

Nach Augenzeugenberichten traf der Krankenwagen 20 Minuten nach dem Anruf am Unfallort ein. Laut Polizei soll der Schwerverletzte inzwischen außer Lebensgefahr sein. Diese Meldung können wir jedoch nicht bestätigen, da uns und den Familienangehörigen der Zugang zu unserem Genossen verweigert wird.

Neben den Angriffen der Ultranationalisten haben Polizisten die kurdische Jugendlichen angegriffen und 30 von ihnen festgenommen. Hier wird erneut die Politik des deutschen Staates ersichtlich. Sie unterstützt die Vorgehensweise der AKP und kriminalisiert hier demokratische Kräfte, die den Faschismus des IS und die der AKP bekämpfen.

Während die AKP in Nordkurdistan Städte belagert, wie zuletzt in Cizîr und sie Massaker an der Zivilbevölkerung betreibt, marschieren im Westen der Türkei Ultranationalisten und Kontraeinheiten in den Städten auf, greifen HDP (*Demokratische Partei der Völker – demokratische Partei in der Türkei; Red.)* Einrichtungen und Mitglieder an. An einem Tag verzeichnete die HDP über 170 Angriffe Türkeiweit.

Wer Beweise und/oder weitere Hinweise zum Aufklären des heutigen Falles hat, soll diese an uns info@yxkonline.de oder an Navdem info@navdem.com zu senden. Wir bitten euch damit nicht direkt zur Polizei zu gehen, da diese wie schon im Fall des ermordeten Halim Deners 1994 den Fall nicht weiter verfolgen werden wird. Wie oben geschildert werden wir kriminalisiert und festgenommen. Wir lassen uns das nicht gefallen.

Wir verurteilen die politische Haltung der BRD und ihrer Polizei und fordern sofort

- den Zugang zu unseren Genossen
- Aufhebung des PKK Verbotes
- Freilassung aller politischen Gefangenen, die nach dem §129b verurteilt wurden.

YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan, 12.09.2015

8. Internationaler Vernon-Smith-Preis

LIECHTENSTEIN. Die „European Center of Austrian Economics Foundation" (ECAEF) bewirbt mit einer Anzeige in der „Jungen Freiheit" (38-2015) ihren „8. Internationalen Vernon-Smith-Preis". Thema des Aufsatzwettbewerbs, bei dem Geldpreise zwischen 2000 und 4000 Euro ausgeschrieben sind, ist in diesem Jahr: „Edward J. Snowden: Held oder Schurke?". Zu den Sponsoren der ECAEF mit Sitz im liechtensteinischen Vaduz gehören Finanzunternehmen und Firmen. Derzeitiger Präsident der ECAEF ist Prinz Michael von Liechtenstein.

hma ■

AfD in Sorge

Die „Patriotische Plattform" in der AfD sieht die Ankündigung der Dresdener Pegida-Organisatoren, eine eigene Partei gründen zu wollen, mit „großer Sorge". Die AfD sei „in der Pflicht, sich um ein gutes Verhältnis zu Pegida zu bemühen", so die „Patriotische Plattform". In einem Interview mit der Zeitschrift „Sezession" bezeichnete der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke diese Ankündigung als einen „unnötigen Schritt". Ihm „wäre eine Aufgabenteilung samt punktueller Zusammenarbeit am liebsten". Über ein Gespräch darüber mit Lutz Bachmann von Pegida würde er sich freuen.

hma ■

Nach verhindertem Naziaufmarsch Scheiben im Z eingeworfen

Das Bündnis „Rosenheim nazifrei" erklärt sich solidarisch mit dem Z: „Getroffen hat es das linke Zentrum – gemeint waren wir alle"

ROSENHEIM. In der Nacht von 7. auf 8. September 2015, wenige Tage nachdem der Naziaufmarsch in Rosenheim erfolgreich blockiert wurde, sind im Z – linkes Zentrum in Selbstverwaltung – drei Scheiben eingeworfen worden.

Es handelt sich hierbei nicht um einen Einbruchsversuch, sondern um einen Angriff und Einschüchterungsversuch auf eine Einrichtung, welche sich in der Vergangenheit immer klar antifaschistisch positioniert hat. Unter anderem fungierte das Z auf Flyern, Plakaten und im Internet als Kontaktanschrift für das Bündnis „Rosenheim nazifrei". In der Vergangenheit war das Z immer wieder Veranstaltungsort von Vorträgen und Filmvorführungen, u.a. zu dem Themenkomplex Rassismus und Neonazismus.

Der Angriff auf das Z ist unserer Meinung nach in eine Reihe von rechten Sachbeschädigungen (vor allem rassistische Sprühereien) in der Region Rosenheim einzuordnen, welche mit dem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Bad Aibling (Fr, 18.09.15) ihren traurigen Höhepunkt fand. Wir als Bündnis „Rosenheim nazifrei" solidarisieren uns mit dem Z und allen anderen Opfern rechter Einschüchterungsversuche. Wir stellen fest, dass Rassist*innen und Nazis immer offener und aggressiver auftreten. Tagtäglich werden in Deutschland Menschen von Nazis bedroht und angegriffen. Rassismus findet überall statt: In der Arbeit, in der Schule, in der Kneipe und auf der Straße. Auch hier in Rosenheim! ES TRIFFT EINZELNE, ABER GEMEINT SIND WIR ALLE! Wir stehen für ein offenes, lebenswertes Rosenheim. Ohne Angst und Einschüchterung!

Wer das Z direkt unterstützen möchte, kann gerne Fördermitglied des Trägervereins VKKW (http://z-rosenheim.org/Foerdermitglied.pdf) werden oder auch einmalig spenden (IBAN: DE48 4306 0967 2031 5923 01; BIC: GENODEM1GLS; Inhaber: VKKW e.V.; Stichwort: Spende). Denn das Z finanziert sich, unabhängig von staatlichen Stellen, ausschließlich aus Fördermitgliedsbeiträgen und Spenden.

PM Bündnis Rosenheim nazifrei ■

Frauen besetzen Bundeswehr-Truck in Büchel

Mit einem Transparent „Unsere Kinder KRIEGt ihr NICHT" besetzten am 24.9.2015 Aktivistinnen den „Karriere-Truck" der Bundeswehr am Fliegerhost Büchel und blockierten ihn über eine Stunde. Sie protestierten damit nicht nur gegen das Werben fürs Sterben, sondern insbesondere gegen die jetzt bekannt gewordenen Pläne, die Atomwaffen in Büchel zu „modernisieren". Den Truck räumten sie erst nach Aufforderung durch die herbeigerufene Polizei.

Dies ist nur der Auftakt der Proteste gegen die geplante atomare Aufrüstung – in Büchel und überall! Kontakt und Info über weitere Aktionen: gabuechel@gmx.de



Rechte Hetze beim AfD Aufmarsch und antirassistische Gegenproteste

ERFURT. Am Mittwoch, 23. September, marschierten am Abend mindestens 2500 Rechtspopulisten, Rassisten und Neonazis durch die Erfurter Innenstadt. Während Medien nach einer Polizeimeldung einheitlich von 5000 auf der AfD Demo berichten sind wir uns mit vielen anderen einig, dass es deutlich weniger waren. Sie folgten einem Aufruf der rechtsnationalen Partei AfD gegen Geflüchtete und die deutsche Asylpolitik, die ihnen nicht restriktiv genug ist. Zuvor am Nachmittag fand eine antirassistische Kundgebung mit etwa 350 Teilnehmer*innnen gegen die geplante Asylrechtsverschärfung unter dem Motto „Nazis morden, der Staat schiebt ab – gegen völ-



„Spanienkämpfer im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus 1939 – 1945“



Der Verein der Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939 (KFSR) hat für das Wochenende vom 16. bis 18. Oktober 2015 zu seinem diesjährigen Internationalen Jahrestreffen sowie zu seiner Mitgliederversammlung nach Berlin eingeladen.

Unter dem Thema „Spanienkämpfer im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus 1939 – 1945“ treffen sich die Mitglieder des Vereins mit Gästen aus ihren ausländischen Partnerorganisationen. Erwartet werden Vertreterinnen und Vertreter aus Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und der Tschechischen Republik. Sie werden Informationen und Erfahrungen austauschen über die Beteiligung der internationalen Freiwilligen am antifaschistischen Kampf an verschiedenen Orten der Welt, nachdem die Spanische Republik gegen die Putschisten des General Franco und seine Helfer bis zum Ende des zweiten Weltkrieges unterlegen war. Nachgezeichnet werden die Lebenswege einzelner Spanienkämpfer, die in unterschiedlichen militärischen Formationen, in Partisaneneinheiten sowie in zivilen Einrichtungen in Frankreich, der Sowjetunion, in der US-Armee, in Jugoslawien oder China wirkten.

Mit ihren ausländischen Freundinnen und Freunden werden die KFSR-Mitglieder über gemeinsame internationale und nationale Projekte beraten, die dem 80. Jahrestag der Formierung der Internationalen Brigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik im Jahr 2016 gewidmet sein werden.

Während des Wochenendes wird auch der im Sommer erschienene erste Band des Biografischen Lexikons „Sie werden nicht durchkommen! Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution“, herausgegeben von Werner Abel und Enrico Hilbert, vorgestellt.

Abschließend findet am Sonntagnachmittag die alljährliche Kundgebung am Spanienkämpfer-Denkmal im Berliner Friedrichshain zur Ehrung der Internationalen Brigaden statt.

Das Internationale Jahrestreffen und die Mitgliederversammlung des KFSR finden im HW-Tagungshotel in 12621 Berlin Berlin-Kaulsdorf, Am Niederfeld 21, statt. Es besteht die Möglichkeit, an einzelnen Veranstaltungen teilzunehmen und Interviews mit Vorstandsmitgliedern sowie Gästen zu führen.

Ein Zeitplan kann angefordert werden.

Programm siehe www.spanienkaempfer.de

Um Anmeldung wird gebeten unter: info@spanienkaempfer.de

PM Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939 e. V. (KFSR)

kische Hetze und Festung Europa“ statt. Während des AFD-Aufmarsches gab es drei Gegenkundgebungen. Zwei Blockaden führten dazu, dass der Aufmarsch auf dem Anger endete und nicht wie geplant zur Staatskanzlei durchkam.

Nachmittags: antirassistische Kundgebung gegen völkische Hetze, geplante Asylrechtsverschärfung und Festung Europa

Am Nachmittag hatten sich etwa 350 Menschen auf dem Anger versammelt um gegen die geplante Asylrechtsverschärfung und gegen jeden Nationalismus und Rassismus zu protestieren. Die Kundgebung begann um 16:30 mit einem Redebeitrag vom Infoladen Sabotnik. Daraufhin folgten spontan einzelne Redebeiträge von einigen aus Eritrea geflüchteten Menschen. In diesen wurde u.a. kritisiert, dass ihr Aufenthaltsstatus u.a. aufgrund des Dublin-III-Verfahrens hier nicht gesichert sei, und sie vom deutschen Staat dazu gezwungen seien, seit Monaten in ihren gefängnisartigen Unterkünften vor sich hinzuvegetieren, während ihr Asylverfahren einfach nicht voranginge. Ein Redner wandte sich an alle Thüringer, lud dazu ein, sich gegenseitig näher kennenzulernen und forderte Unterstützung. …

Ausführlicherer Bericht auf http://sabotnik.blogsport.de





Aktionstag am 25. Oktober 2015

Köln kuscht nicht vor Nazis. Schützt Flüchtlinge und die Menschenwürde!

Vor einem Jahr geriet Köln in die Schlagzeilen mit Berichten und Bildern von der ‚Hogesa‘-„Demonstration“. Uns allen in Köln sind noch die erschreckenden Bilder der Gewaltexzesse der Hooligans und Neonazis in Erinnerung.

Zum Jahrestag am 25. Oktober 2015 hat die ‚Hogesa‘ erneut eine Demonstration in Köln angemeldet – eine knallharte Provokation!

Unter dem Deckmantel ‚Hooligans gegen Salafisten‘ bedroht ‚Hogesa‘ Menschen, verherrlicht rechtsextremes Gedankengut, bringt Gewalt auf die Straße – und bedroht damit letztlich uns alle. Dieselben Personen, die im letzten Jahr in Köln wüteten, wollen dies nun feiern. Wir fordern Polizei und vor allem die Gerichte auf, diese Nachfolgeveranstaltung zu verbieten!

Die verheerenden Anschlagsserien gegen Flüchtlings-Unterkünfte durch rechtsextremistische Kreise, die hasserfüllten Pöbeleien der Nazis wie der „Wutbürger“, etwa in Heidenau oder Freital gegen Kriegs- und Krisen-Flüchtlinge sind Ausdruck einer anderen Form rechtsextremen Gedankengutes. Sie sind ein Anschlag auf die Menschenwürde!

Deshalb ist es wichtig, dass die Kölner Zivilgesellschaft sich den Hooligans und Nazis entgegenstellt und deutlich macht, dass sie in Köln nicht willkommen sind.

„Köln stellt sich quer“ und „AG Arsch huh…“ rufen auf: Kommt / Kommen Sie am 25. Oktober 2015 in die Innenstadt!

Gemeinsam – wie schon bei den erfolgreichen Aktionen gegen „Kögida“ im Januar 2015 – finden am Sonntag, den 25. Oktober, ab 12 Uhr vielfältige Protestaktionen statt:

- Auftaktkundgebung vor der Kunibertskirche und Demonstration, um die AnwohnerInnen des Kuniberts- und Eigelstein-Viertels, die 2014 besonders unter ‚Hogesa‘ gelitten hatten, diesmal zu schützen.
  Köln stellt sich quer, Arsch huh
- Auftaktkundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz mit anschließender Demonstration Richtung Eigelstein.
  Köln gegen Rechts, Kein Veedel für Rassismus
- Am Eigelsteintor / Ebertplatz wird zur gleichen Zeit ein Kunst- und Kulturfest des Bündnisses „BIRLIKTE – Zusammenstehen“ stattfinden. In einem Programm aus Wort- und Musikbeiträgen will BIRLIKTE mit der Kraft der Kultur demonstrieren, wofür wir alle stehen: Für Vielfalt, für Verständigung, für eine solidarische Stadtgesellschaft und für die Vertiefung des Zusammenhalts im Alltag.
  Arsch huh, Birlikte

Lückenlose Aufklärung? Zwischenbilanz

Zum hessischen NSU-Untersuchungsausschuss durch NSU-Watch Hessen

NSU-Watch Hessen veröffentlicht anlässlich der Fortführung des hessischen NSU-Untersuchungsausschusses nach der Sommerpause eine Zwischenbilanz. Kritisiert werden dabei die undemokratischen Strukturen des Ausschusses, parteipolitische Streitigkeiten, die die Arbeit des Ausschusses lahmlegen, die mangelnde kritische Befragung der Zeugen aus den Sicherheitsbehörden und insbesondere die bisherige Ausblendung des institutionellen Rassismus in den hessischen Ermittlungen zur Mordserie.

Der hessische Untersuchungsausschuss wurde vor rund eineinviertel Jahren gegen den Willen der Regierungsparteien CDU und Grüne eingesetzt. Diese waren davon überzeugt, dass die Ermittlungen in Bezug auf Hessen ausreichend statt gefunden hätten und eine parlamentarische Untersuchung überflüssig sei. Dieser Unwille zur Aufklärung prägt die Arbeit des Ausschusses bis heute, sodass von einer kritischen Aufarbeitung keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Die Abgeordneten verharren in parteipolitischen Streitereien, weisen kaum Kompetenz in Bezug auf die rechte Szene auf und lassen sich die Verweigerungshaltung der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gefallen. Inhaltlich macht sich der Ausschuss durch eine nicht nachvollziehbare Aufteilung der Themen weitgehend arbeitsunfähig. Manche Zeugen_innen konnten so nur zu Sachverhalten bis vor dem Mord an Halit Yozgat befragt werden – und müssen unter Umständen erneut geladen werden. Weiterhin findet der Rassismus und seine Ausprägung in den staatlichen Ermittlungsstrukturen als wichtigster Faktor in der Mordserie keine Beachtung in der parlamentarischen Arbeit.

NSU-Watch Hessen begleitet den Ausschuss von Beginn an kritisch und hat jede Sitzung dokumentiert. Vor dem Hintergrund dieser Arbeit zieht die Initiative ein Resümee der bisherigen Ausschussarbeit und stellt Forderungen für die weitere Aufklärungsarbeit auf. Damit der NSU-Komplex in Hessen umfassend untersucht werden kann, fordert NSU-Watch:

1. Der institutionelle Rassismus in den hessischen Sicherheitsbehörden muss thematisiert werden, um die Behinderung der Aufklärung der Morde an Halit Yozgat und Enver Simsek umfassend zu beleuchten.

2. Die bisherigen parteipolitischen Streitereien im Ausschuss müssen aufhören. Sie behindern massiv die Aufklärungsarbeit.

3. Der Umgang mit den Mitarbeiter_innen der Sicherheitsbehörden muss sich ändern. Sie müssen deutlich stärker in die Verantwortung durch die Ausschussmitglieder genommen werden.

4. Die Beweisanträge müssen öffentlich werden, damit ein transparenter Einblick in die Arbeit des Ausschusses gewährleistet ist. In anderen Untersuchungsausschüssen, wie in Thüringen, waren diese öffentlich einsehbar. Die derzeitige hessische Praxis untergräbt die Transparenz parlamentarischer Arbeit als wichtige Säule der Demokratie.

5. Die Abgeordneten müssen ihr Wissen um die Neonaziszene in Nordhessen und deren Verbindungen in das militante rechte Spektrum deutlich vergrößern. Expert_innenwissen ist wesentlich um durch informierte Nachfragen Erkenntnisse zu gewinnen.

6. Dem Ausschuss müssen alle geforderten Akten sofort und ungeschwärzt zur Verfügung stehen. Bisherige Befragungen konnten durch fehlende Akteneinsicht nicht adäquat durchgeführt werden.

7. Die Opferfamilien erwarten vom Ausschuss eine lückenlose Aufklärung. Kanzlerin Angela Merkel hatte bei der Trauerfeier für die NSU-Mordopfer am 23. Februar 2012 deutlich gesagt: „Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Daran arbeiten alle zuständigen Behörden in Bund und Ländern mit Hochdruck.“ Diese Worte sollten der Maßstab für die Arbeit des hessischen Untersuchungsausschusses sein.

I. Die undemokratischen Strukturen des hessischen Untersuchungsausschusses

Der NSU-Untersuchungsausschuss war von der Regierungskoalition aus CDU und Grünen, die eine Enquete-Kommission präferierten, nicht gewollt und konnte nur durch die Minderheit im Parlament eingesetzt werden. In Hessen gibt es die Besonderheit, dass kein eigenständiges Untersuchungsausschussgesetz existiert. Über die Verfahrensregeln wird zu Beginn mehrheitlich entschieden. Dies führt zu der problematischen Konsequenz, dass die Mehrheit der Regierungskoalition – die den Ausschuss nicht wollte – die Arbeitsfähigkeit wesentlich bestimmt. So entscheidet der Ausschussvorsitzende Hartmut Honka (CDU) vorab über die Relevanz und Geheimhaltungseinstufung aller Akten. Eine weitere problematische Verfahrensweise betrifft die Beweisanträge der Abgeordneten und Fraktionen im Ausschuss: Sie werden der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht und es wird nicht davor zurückgeschreckt ihre Geheimhaltung mittels der Sicherheitsbehörden durchsetzen zu lassen, wie das aktuelle Geheimnisverrats-Verfahren bezüglich der Informationen über Verbindungen der hessischen Polizei in das Blood & Honour Umfeld zeigt. Im Gegensatz dazu waren die Beweisanträge in den Ausschüssen in Thüringen und auf Bundesebene öffentlich einsehbar. Insgesamt konterkarieren und unterhöhlen diese Verfahrensweisen den Grundgedanken eines Untersuchungsausschusses als ein Instrument des parlamentarischen Minderheitenschutzes und der Aufklärung sowohl im als auch außerhalb des Parlaments.

a) Zeugen der Sicherheitsbehörden: Aussageverweigerung und Missbilligung der Aufklärung im Ausschuss

In den Zeugenbefragungen schlägt sich diese problematische Grundstruktur der Ausschussarbeit nieder, insbesondere bei der Befragung von Vertretern der Sicherheitsbehörden. Bei den bisherigen Befragungen lagen den Abgeordneten viele Akten nicht oder nur geschwärzt vor, was eine Aufklärungsarbeit faktisch unmöglich macht. Vor diesem Hintergrund konnten die Vertreter des Verfassungsschutzes ihren offensichtlichen Unwillen zur Aufklärung des NSU-Komplexes ungehindert und unhinterfragt zur Schau stellen. Der ehemalige Geheimschutzbeauftragte des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV), Gerald Hasso Hess, sagte während der achten Ausschusssitzung in Bezug auf eine mögliche Tatschuld von Andreas Temme, er wisse aufgrund seines Bauchgefühls, dass Temme nicht der Mörder sei. In der elften Sitzung verlautbarte Peter Stark, ehemaliger Abteilungsleiter für Rechtsextremismus im LfV Hessen, dass er die Akten zur Vorbereitung auf die Sitzung nicht lesen wollte. Die teils haarsträubenden Aussagen der Sachverständigen und Zeugen wurden wiederholt unkommentiert und ohne kritische Nachfragen stehen gelassen. Hierbei zeigte sich auch das fragwürdige Amtsverständnis des Ausschussvorsitzenden Hartmut Honka (CDU): Er nahm die Zeugen der Staatsbehörden oft in Schutz, statt auf die Preisgabe von Informationen zu drängen. Gleichzeitig werden die Behinderungen durch die Regierungsmehrheit nicht öffentlich skandalisiert.

In aller Deutlichkeit muss feststehen: Die Zeugen der Sicherheitsbehörden sind Mitarbeiter des Staates. Alle wesentlichen Informationen über den Kasseler Mordfall müssen offengelegt werden. Aus dieser Verantwortung darf der Ausschuss die Sicherheitsbehörden nicht entlassen.

b) Die parteipolitische Lahmlegung der Aufklärungsarbeit

Mit großer Sorge beobachtet NSU-Watch Hessen, dass im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss parteipolitische Streitereien an der Tagesordnung sind. Immer wieder müssen Sitzungen unterbrochen und Fragen zurückgestellt werden, weil sich die Parlamentarier_innen über die Abläufe uneins sind. Diese verfahrenstechnischen Schattenfechtereien werden benutzt um parteipolitische Interessen auf Kosten einer umfassenden Aufklärung durchzusetzen. Eine parteiübergreifende Aufklärungsarbeit wie im Ausschuss des Bundestags oder im Thüringischen Landtag gibt es in Hessen nicht. Damit ignoriert der hessische Untersuchungsausschuss auf ganzer Linie die Ratschläge, die er von den geladenen Mitgliedern der anderen Untersuchungsausschüsse bekommen hat. Eine parteiübergreifende und an Aufklärung interessierte Zusammenarbeit wäre aber nötig, um entschlossen die blinden Flecken in den Ermittlungen der Sicherheitsbehörden aufzudecken.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Regierungskoalition versucht den Ausschuss faktisch als ihre gescheiterte Enquete-Kommission fortzuführen, indem sie die Aufklärungsarbeit auf die Frage verkürzt, wie die Arbeit der Sicherheitsbehörden effektiver gestaltet werden kann. Die Opposition scheint bisher nicht in der Lage zu sein, politischen Druck aufzubauen, der diesem Ansinnen tatsächlich entgegenwirkt.

II. Institutioneller Rassismus bei den hessischen Ermittlungen

Die durch rassistische Perspektiven geprägten Ermittlungsmethoden von Staatsanwaltschaften, Polizei und Geheimdiensten nehmen im hessischen Untersuchungsausschuss keinen Platz ein. Allgemein besteht die Ansicht, es habe in Hessen keine strukturell rassistischen Ermittlungen gegeben, da nach dem Mord an Halit Yozgat zunächst der Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme als Tatverdächtiger im Fokus der Polizei stand. Wir haben als Initiative NSU-Watch mit dem Artikel „Leerstelle Rassismus“i jedoch auf rassistische Praktiken und Annahmen aufmerksam gemacht, die auch in Hessen ihre Anwendung fanden. So gab es ohne konkrete Anhaltspunkte umfangreiche Ermittlungen im Umfeld der Familie Yozgat, die sogar bis in die Türkei reichten, obschon die Familie in Deutschland lebte. Es wurde zudem unterstellt, das Umfeld von Halit Yozgats Vater hätte diesen zur Blutrache an Andreas Temme aufgerufen, was jeglicher Grundlage entbehrte. Auch bei dem ersten Mordopfer, Enver Simsek, der zum Tatzeitpunkt mit seiner Familie im hessischen Schlüchtern lebte, gab es Verdächtigungen in der türkischen Community und den Vorwurf, diese würde die Unwahrheit sagen. Die Hinweise aus der Community und von den Opferfamilien, einen rassistischen Hintergrund zu prüfen, wurden jedoch durch die Sicherheitsbehörden ignoriert. Auch als 2006 eine Demonstration unter dem Motto “Kein 10. Opfer” mit mehreren tausend Menschen, maßgeblich aus den migrantischen Communities aus Kassel und Dortmund stattfand, die auf den rassistischen Hintergrund der Mordserie hinwies, wurde der Ermittlungsansatz nicht geändert. All diese Fakten hat der hessische Untersuchungsausschuss bislang nicht erörtert. Damit nimmt er die Weigerung der Sicherheitsbehörden, die eigenen Strukturen und Denkweisen kritisch zu hinterfragen und auf Rassismus hin zu überprüfen, hin. Die Thematisierung des Rassismus wäre aber unserer Einschätzung nach elementar, denn er hat nicht nur die TäterInnen zum Morden gebracht, sondern er war und ist der Grund, dass die Vermutungen zur Täterschaft seitens der Opferfamilien nicht gehört wurden und stattdessen sie selbst ins Zentrum der Ermittlungen gestellt wurden.

III. Das (fehlende) Wissen um die Naziszene

Schenkt man den Aussagen vieler Vertreter der Sicherheitsbehörden über ihr Wissen um rechte Strukturen und Naziterror tatsächlich Glauben, dann zeichnet sich in Hessen ein desaströses Bild ab. Mitarbeiter aus dem Verfassungsschutz oder dem Amt nahestehende Wissenschaftler gaben wiederholt vor dem Ausschuss zu Protokoll, von Organisation wie Blood & Honour, Combat 18 oder anderen Strukturen in Hessen keine Kenntnis zu haben. Dieses Unwissen wird durch die Ausschussmitglieder oft gebilligt und nicht hinterfragt.

Im Ausschuss wurde wiederholt die Frage erörtert, inwiefern die Sicherheitsbehörden von einer rechten Mordserie ausgehen konnten. Unisono sagten Staatsanwälte, Polizisten und Verfassungsschutzmitarbeiter, dass der NSU keine Bekennerschreiben veröffentlicht habe und es deswegen keine Hinweise gegeben hätte. Diese Aussagen konterkarieren das allgemein zugängliche Wissen um rechten Terror in Deutschlandii. Hier zeigt sich wieder die staatliche Extremismusdoktrin in den Analysen: Rechter Terror wird nicht als eigenständiges Phänomen gesehen. Auch bspw. beim Oktoberfestattentat 1980 oder der Hinrichtung von Shlomo Lewin und Frida Poeschke 1980 in Erlangen gab es keine Bekennerschreiben: die Tat ist das Bekenntnis. Konzepte des „führerlosen Widerstands“ oder die Organisierung in Zellen waren durch rechte Publikationen wie den Turner Diaries oder dem Blood & Honour-Field-Manual den Inlandsgeheimdiensten bekannt, es folgten daraus jedoch keine Schlüsse.

Es ist eine Aufgabe des Untersuchungsausschusses herauszufinden, warum das Wissen um die Praktiken rechter Terrorgruppierungen in den Sicherheitsbehörden nicht genutzt wurde. Weiterhin müssen Erkenntnisse über mögliche Unterstützungsstrukturen in Hessen offen gelegt und geprüft werden, inwiefern die Sicherheitsbehörden involviert waren/sind. Hierzu hat der Ausschuss bislang keinerlei Erkenntnisse geliefert.

IV. Alles schon aufgeklärt?

Viele offene Fragen müssen im Ausschuss noch erörtert werden. Angedacht ist, ehemalige und aktuelle Angehörige der hessischen Nazi-Szene in den Ausschuss vorzuladen – eine Neuheit in der Aufklärungsarbeit der Untersuchungsausschüsse. Damit die Rechten den Ausschuss nicht als Plattform für ihre eigene Strategie nutzen können, müssen die Abgeordneten mit kritischen Nachfragen und Kenntnissen über die Strukturen der militanten Rechten aufwarten.

Aus unserer Sicht sind dabei die folgenden Fragen von besonderer Bedeutung: Wie eng war die Zusammenarbeit zwischen den Nazi-Szenen aus Kassel und Dortmund und welche Rolle spielte die Band Oidoxie und die Oidoxie Streetfighting Crew? Gibt es Kontinuitäten zwischen den Waffenfunden der Nazi-Szene Dortmund von 2005/2006 und dem aktuell verhinderten Waffendeal eines ehemaligen Mitglieds der Oidoxie Streetfighting Crew? Welche anderen V-Leute aus der rechten Szene gab es, neben der Quelle Benjamin Gärtner, in Nordhessen?

Im Hinblick auf die Anwesenheit von Andreas Temme am Tatort in Kassel ist zu klären: Was wusste seine Quelle Benjamin Gärtner? Aus welchen Erwägungen wurden die Aussagen von Gärtner durch das Innenministerium verweigert? Was ist über das Umfeld von Benjamin Gärtner bekannt? Warum wurde er als Hochsicherheits-V-Mann gehandelt? Warum wurde er nach Aussagen des Verfassungsschutzes auf die Deutsche Partei angesetzt, obschon sein Stiefbruder Blood & Honour-Führer in Nordhessen war?

Bis zum Jahresende 2015 hat der Ausschuss nur vier weitere Termine bekannt gegeben. Aus der Sicht von NSU-Watch Hessen ist dies viel zu wenig, um diese Fragen und viele weitere adäquat aufzuklären.

Mehr Informationen unter: http://hessen.nsu-watch.info/

(i) http://hessen.nsu-watch.info/2015/06/10/leerstelle-rassismus/
(ii) Siehe zum Beispiel http://www.nsu-watch.info/2014/10/taten-und-worte-neonazistische-blaupausen-des-nsu/ sowie http://www.nsu-watch.info/2015/06/der-nsu-im-netz-von-blood-honour-und-combat-18-gesamtversion/

Von Goldminen und transnationalem Austausch

Delegationsreise zum Beyond Europe Camp im August 2015 in Chalkidiki/Griechenland



Demonstration des Beyond Europe Camps am 23.8.2015; Foto: YXK

Bericht der Delegation der YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan) zum Beyond Europe Camp

Im August fand das transnationale Beyond Europe Camp in Chalkidiki/Griechenland statt. Die YXK war von den Organisator*innen eingeladen worden und daher – leider mit nur einer kleinen Delegation – anwesend.
Beyond Europe? Transnationales Camp? Chalkidiki? Was es damit auf sich hat...

Beyond Europe – Antiautoritäre Plattform gegen Kapitalismus

„Beyond Europe – Antiautoritäre Plattform gegen Kapitalismus“[1] nennt sich das Netzwerk der Strukturen Alpha Kappa (AK steht für Antiautoritäre Bewegung, Griechenland), Drasi (Griechenland), Syspirosi Atakton (Zypern), Plan C (England) und ...ums Ganze! (Deutschland, Österreich)[2]. Die Einsicht, dass Widerstand gegen den heutigen Kapitalismus und seine weltweite Ausgestaltung nicht mehr allein im nationalen Rahmen der bestehenden Staaten geführt werden kann, hat die Organisationen bereits zu den M31-Protesten 2013 zusammengebracht. Anliegen ist es, dem bestehenden Europa der wirtschaftlicher Verwertung und Regulierung durch die Entscheidungen der Stärkeren einerseits sowie dem Wiedererstarken der Nationalstaaten andererseits eine eigene Perspektive entgegenzusetzen.

Das Netzwerk über sich selbst: „Wir streiten für die Alternative jenseits von Staat, Nation und Kapital, hervorgebracht durch antiautoritäre Kämpfe und Selbstorganisierung. … In Beyond Europe … sehen wir einen kleinen, schon lange überfälligen Anfang. Nur ein Beginn von Austausch und Verständigung zwischen antikapitalistischen Gruppen, der über unsere üblichen Grenzen und Schranken hinausgeht.“[3]

Beyond Europe Camp

Das Beyond Europe Camp fand vom 18. bis 25. August 2015 auf der Halbinsel Chalkidiki in Nordgriechenland statt. Mit vielen Workshops und Diskussionen sollte es den Beyond Europe-Aktivist*innen selbst die Möglichkeit geben, sich auch außerhalb der Aktion intensiver untereinander auszutauschen und zu vernetzen. Zum anderen war „der Grundgedanke hinter diesem Beyond Europe-Camp … darüber hinaus ebenfalls, den internen Prozess auch für nicht bei Beyond Europe organisierte Genoss*innen in und jenseits von Europa transparent zu machen und diese darin einzubinden.“ Aus diesem Grund wurde das Camp europaweit geworben, sodass auch Aktivist*innen aus z.B. der Türkei, Bulgarien, Italien, Schweiz oder Frankreich anwesend waren.

Aus unserer Perspektive ist letzteres Anliegen – Beyond Europe und die internen Prozesse und Diskussionen vorzustellen – nur halb gelungen. Die Gruppen der Plattform waren zwar präsent und sowohl in den Workshops und Diskussionen als auch im persönlichen Gespräch erreichbar, was einen Eindruck der einzelnen Kämpfe vermittelt hat, jedoch wurde Beyond Europe nicht vorgestellt oder diskutiert. Die Ansätze, Erfolge oder Schwierigkeiten der internationalen Vernetzung wurden kaum thematisiert, stattdessen blieben die Darstellungen der einzelnen Kämpfe noch oft in ihren nationalen Kontexten verhaftet.

Die YXK-Delegation hat sich v.a. in die Diskussionen zu drei Themen maßgeblich eingebracht: Frauenbefreiung, Internationalismus und Rojava-Solidarität.

Eine Genossin hat im Rahmen des Workshops „Gender Struggle“ die Entwicklungen der kurdischen Frauenbewegung in einem kurzen Input vorgestellt und in der anschließenden Diskussion sowie einem Frauenplenum die Perspektiven der Frauenbefreiungsideologie stark gemacht. Gerade im Vergleich mit anderen Frauenbewegungen werden nochmal die Besonderheiten des kurdischen Frauenfreiheitskampf deutlich: die lange aus sich selbst hervorgehende und lernende Geschichte, die Einbettung in eine Bewegung gesellschaftlicher Breite, der revolutionär-kämpferische Ansatz.

Im Workshop „Neuer Internationalismus“ wurde u.a. ein Einblick in den aktuellen Diskurs der Freiheitsbewegung über einen zeitgenössischen Internationalismus gegeben. Auffällig ist, dass derzeit in vielen linken Zusammenhängen diese Diskussion geführt wird, nicht nur in Kurdistan oder der BRD, sondern weltweit. Allen Linken ist mittlerweile klar, dass gesellschaftliche Befreiung und der Widerstand gegen die Kapitalistische Moderne nur über die Grenzen der eigenen Gesellschaft hinweg gelingen kann. Auf der Hand liegt dabei allerdings auch, dass sich die Suche nach einem zeitgenössischen Internationalismus noch recht am Anfang befindet und klare Antworten oder Konzepte noch ausbleiben.

Das Plenum „Praktische Solidarität mit Rojava“ war sehr gut besucht. Es besteht nach wie vor ein enormes Interesse am Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava und aus vielen Ländern konnten Aktivist*innen über ihre Solidaritätsaktionen berichten. Oft entsteht aber Frustration bei den einzelnen lokalen Gruppen, wenn sie die geostrategischen Entwicklungen mit ihren kleinen Beiträgen praktischer Solidarität vergleichen. Aufgabe der YXK ist es, den solidarischen Genoss*innen ihre Wichtigkeit aufzuzeigen und zu verstehen zu geben, dass sie Teil der Rojava-Revolution sind und niemand Rojava unterstützen wird, wenn sie es nicht tun.

Ein bedeutender Teil des Austauschs und Kennenlernens fand außerhalb Workshops und Plena statt, wobei die Delegation mit vielen verschiedenen Aktivist*innen Gespräche über ihre jeweiligen Kämpfe und über die Revolution in Kurdistan führen konnte. Nach wie vor gibt es auch große Skepsis und Vorurteile gegenüber der Freiheitsbewegung, die allerdings in offenen Diskussionen und persönlichen Gesprächen ausgeräumt werden können. Fragen, die sonst in Veranstaltungen oder Texten über die Bewegung nicht gestellt oder nicht von Teilen der Bewegung beantwortet werden, konn-



Demonstration des Beyond Europe Camps zur nahegelgenen Mine am 23.8.2015; Foto: YXK

ten offen ausgesprochen und beantwortet werden. Bis auf wirklich vereinzelte Ausnahmen war die Resonanz auf die Kurdische Freiheitsbewegung und ihren Kampf durchweg positiv. In ganz Europa äußern die Menschen und vor allem linke Aktivist*innen Interesse an dem, was in Rojava und den anderen Teilen Kurdistans passiert.

Warum ein Camp in Chalkidiki/Griechenland?

Chalkidiki ist eine Halbinsel im Norden Griechenlands, die vor allem vom Tourismus lebt. Seit Jahre gibt es Widerstand in der Bevölkerung gegen ein großes Goldminenprojekt, das von dem kanadischen Unternehmen Eldorado Gold in Skouries betrieben wird und die Umwelt in der gesamten Region gefährdet.[4] Der Abbau findet oberirdisch statt, indem zunächst Wald großflächig gerodet und dann die Erdmassen mehrere hundert Meter tief abgetragen werden. Aus der Erde wird dann durch eine neuartige Methode das Gold gewonnen. Auf diese Art Gold zu gewinnen zerstört nicht nur großflächig die Landschaft, sondern führt auch zu einem drastischen Absinken des Grundwasserspiegels, der Verschmutzung der Luft mit giftigem Feinstaub und der Verunreinigung des Grund- und Meerwassers mit Schwermetallen. Die Realisierung dieses Projekts wäre der Tod für den Tourismus in der Region und würde höchstens für ein paar Jahre Arbeitsplätze in der Region schaffen – das stärkste Argument der Befürworter*innen.

Der Widerstand gegen Eldorado Gold und seine Mine stützt sich auf die Basisorganisierung der Dörfer auf Chalkidiki: diese haben jeweils Komitees gegründet, die sich vernetzen und die Proteste koordinieren. Seit Syriza, die mit einem Ende des Goldminenprojekts Wahlkampf getrieben hat, im Januar die Regierung stellt, ist es ruhig um den Widerstand geworden, der skeptisch auf eine Entscheidung der Regierung gewartet hat. Die Regierung hat – in Anbetracht der Neuwahlen – die Arbeiten an der Goldmine aufgrund fehlender Lizenzen und Gutachten zunächst aussetzen lassen, doch wird nach wie vor die baldige Gewinnung von Gold vorbereitet.

Das Camp sollte die Möglichkeit bieten, sich mit dem Widerstand in der Region solidarisch zu zeigen und auszutauschen. Daher fand auch am 23. August eine Demo zu der Mine statt, die rein symbolischen Charakter hatte und in Ausschreitungen mit der Polizei endete. Spätestens 78 Festnahmen – größtenteils deutscher Aktivist*innen – sorgten für die Berichterstattung in den griechischen Medien. Die Reaktion in der Bevölkerung Chalkidikis war jedoch überraschend positiv. Das liegt wahrscheinlich nicht zuletzt an dem Hass der Bevölkerung auf die Polizei, deren Geschichte eng mit der Militärdiktatur von 1967 bis 1974 verbunden ist. Die gewaltsame Repression der Polizei gegen widerständige Dörfer auf Chalkidiki gipfelte vor drei Jahren in Angriffen auf die Dörfer: Gaskartuschen wurden in eine Schule geschossen, Autos zertrümmert, während Menschen darin saßen und Häuser mit Gummigeschossen eingedeckt. Aus Protest brannte die Bevölkerung die Polizeistation von Ierissos, einem der Dörfer, nieder.

Von der Finanzkrise und dem drohenden Staatsbankrott Griechenlands war auf Chalkidiki und im Zentrum der größten Stadt der Region, Thessaloniki, wenig zu spüren – wahrscheinlich, weil uns auch der Vergleich fehlt. In Gesprächen mit Aktivist*innen wurde aber deutlich geäußert, dass die Bevölkerung unter steigenden Steuern, sinkenden Löhnen und immer mehr Ausfällen in der Produktion und dem öffentlichen Sektor leide; Sozialhilfe bspw. wird nur ein halbes Jahr gezahlt, danach erhalten Bedürftige keinerlei staatliche Unterstützung. Einen kleinen Einblick hat vielleicht die Universität in Thessaloniki vermittelt, die in weiten Teilen massiv renovierungsbedürftig ist, in die aber offensichtlich seit Jahren nicht investiert wird. Dort haben wir an einem Plenum der anarchistischen Szene Thessalonikis teilnehmen können, die vor allem jugendlich-studentisch geprägt ist.

Die linken Bewegungen in Thessaloniki versuchen der Krise des Kapitalismus eigene Projekte entgegenzusetzen, so waren wir in Tavernen- und Café-Kollektiven, einem besetzten Haus, in dem Wohnungen geschaffen wurden und im sozialen Zentrum Mikropolis, das einen Laden mit solidarisch und ökologisch produzierten Waren, eine Buchhandlung, einen Kinderladen, einen Copy-Shop, eine Kneipe sowie Musik-, Sport- und Gruppenräume für verschiedene Kurse und Treffen beherbergt.

Resümee für die YXK

… Dass die Diskussion um einen zeitgemäßen Internationalismus momentan auch in anderen Spektren der (radikalen) Linken in der BRD und Europa geführt wird, kann der YXK dabei nur zugute kommen, wird die Diskussion doch nicht nur des Diskutierens wegen geführt, sondern um ihr praktische Schritte folgen zu lassen. Daher sollte sich die YXK offensiv und selbstbewusst in den Diskurs einbringen, um die eigenen Ideen zu vermitteln und sie aus verschiedenen linken Perspektiven gespiegelt zu bekommen. Auf diese Weise ist eine kontinuierliche Bildung und Weiterentwicklung der eigenen Überzeugungen möglich.

YXK – Yekîtiya Xwendekarên Kusrdistan
Die Verbandszeitschrift Ronahî wird demnächst in der 42. Ausgabe erscheinen, bisherige Ausgaben stehen als PDF zum Download bereit unter http://www.yxkonline.com/index.php/2015-09-25-23-28-18/publikationen

1 http://beyondeurope.net/
2 http://umsganze.org/ueber-uns/
3 http://beyondeurope.net/95/about-us-deutsche-version/
4 http://lowerclassmag.com/2015/08/goldene-versprechungen-dunkle-zukunft/

Die extreme Rechte surft auf der Anti-Migrations-Welle

und demonstriert (mit deutscher Beteiligung) vor der Botschaft Deutschlands...

Bei der Vereinigung ‚Riposte Laïque' – ungefähr „Gegenwehr der Säkularisten", ein Name, der sich ausschließlich auf die Abwehr des Islam bezieht – ist man nicht zufrieden mit dem Front National (FN) und lässt es wissen. ‚Riposte Laïque', das ist ein Zusammenschluss von Hardcore-Faschisten, die mittlerweile den FN oftmals von rechts kritisieren, obwohl ihre Führungsmitglieder – allen vor an der Hauptgründer der Sekte, Pierre Cassen – zum Teil auch frühere Linke sind.

Pierre Cassen war in den 1970er Jahren bei der radikalen Linken und bei der Druckergewerkschaft der CGT aktiv gewesen.

Anlass der aktuellen Unzufriedenheit ist, dass die Wahlpartei FN die jüngste Demonstration, zu welcher ‚Riposte Laïque' mit aufrief, geschwänzt hat. Am Abend des Donnerstag, den 24. September 2015 demonstrierte das Gesoc…, pardon: die Anhängerschaft vor … ausgerechnet vor der deutschen Botschaft in Paris. Dort, im 16. Bezirk der französischen Hauptstadt, prangerten sie die „Verantwortung von Angela Merkel für die Überflutung Europas mit Migranten" an, aufgrund ihrer angeblich zu großzügigen, ja unverantwortlichen Flüchtlingspolitik. Thomas de Maizière hätte ja vielleicht seinerseits eine Freude an ihrer Kritik gehabt.

Eingefunden hatten sich dazu, je nach Zählweise, zwischen „rund 200" und „gut 500" Menschen; doch die mediale Beachtung, die der Auflauf fand, war im Vergleich dazu weit überproportional. Ursprünglich aufgerufen dazu hatte zunächst die nationalreaktionäre Kleinpartei SIEL („Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit"), die aus dem rechten Flügel der nationalkonservativen Strömung der 1990er Jahre um Philippe de Villiers und Charles Pasqua hervorwuchs und inzwischen mit dem FN zu einem festen Wahlbündnis zusammengeschlossen worden ist. Angeführt wird das SIEL, nachdem dessen – selbst beim FN als halbverrückt geltender, da verbal bisweilen zu extrem auftretender – vorheriger Chef Paul-Marie Coûteaux abserviert wurde (er hatte sich vor den Kommunalwahlen im März 2014 dafür ausgesprochen, Roma „in Lagern zu konzentrieren) heute durch Karim Ouchikh. Jener trägt zwar einen Namen mit nordafrikanischem Hintergrund, ist jedoch der Sohn von pro-kolonialistischen Elementen im französisch kolonisierten Algerien und tritt als Assimili-Ali respektive Onkel Tom des Front National auf. Er firmiert, neben seiner derzeitigen Eigenschaft als Chef des SIEL heute zugleich als „Berater von Marine Le Pen für kulturelle Angelegenheiten, französische Sprachpolitik und freie Meinungsäußerung".

Der FN selbst war jedoch, wohl aus Rücksichtnahme auf sein – durch den Streit mit Altboss Jean-Marie Le Pen leicht lädiertes – Image und um seine Wahlchancen bei den Regionalparlamentswahlen in ganz Frankreich im Dezember 2015 nicht zu schmälern, nicht zugegen. Deswegen auch der Frust bei den Macherinnen und Machern von ‚Riposte Laïque'. „Muss der Front National sich mit seinen Wahlerfolgen begnügen und die Straße ignorieren?", fragt die rassistische Publikation in ihrer Newsletter vom Montag, den 28. September 15 rhetorisch, und genervt.

Gekommen waren jedoch Prominente aus unterschiedlichen Teilen der extremen Rechten. Unter ihnen Robert Ménard, der mit Unterstützung des FN ins Amt gewählte, jedoch formal parteilose Bürgermeister im südfranzösischen Béziers, und der Rechtsintellektuelle Jean-Yves Le Gallou (von 1992 bis 1998 Fraktionsvorsitzender des FN im Pariser Regionalparlament, doch heute ohne Parteiangehörigkeit) sowie Olivier Perceval von der nationalistisch-monarchistischen Vereinigung Action française. Auch Béatrice Bourges, prominente Schreckschraube der Bewegung gegen die Homosexuellen-Ehe – die zwischen November 2012 und Oktober 2014 mehrfach Hunderttausende mobilisieren konnte –, war zugegen. Zu den Rednern zählte ferner Renaud Camus, ein elitärer Schriftsteller, der Erfinder des Konzepts vom angeblichen „Großen (Bevölkerungs-)Austausch" und beliebter Redner bei Anlässen von ‚Riposte Laïque. Eine von ihm beim Anti-Islamisierungs-Kongress von ‚Riposte Laïque' im Dezember 2010 vor rund 1000 Anwesenden gehaltene Rede trug ihm im April 2014, erstinstanzlich, eine Verurteilung wegen ‚Aufstachelung zum Rassenhass' ein; das Berufungsverfahren dazu läuft. Eines seiner Bücher musste im April 2000 wegen antijüdischer Passagen durch den damaligen Verleger vom Markt genommen werden.

Die Demonstranten verbrannten eine EU-Flagge und hissten im Gegenzug, um Viktor Orban und seine Abwehrpolitik gegenüber Migranten hochleben zu lassen, ungarische Fahnen. Aus Deutschland angereist war die Bonner Aktivistin (und Vorständlerin bei Pro NRW) sowie vormals offene Neonazi-Kaderin Melanie Dittner. Sie rief unter anderem aus: „Unser Europa ist nicht das unserer politischen Regierungen, mein Europa ist nicht der Kanzlerin!" (nein, tatsächlich, sondern vielmehr das Europa von 1941), und: „Merkel muss weg!"

Marine Le Pen stößt ins selbe Horn

Auch wenn der FN, aus Imagegründen, bei dem Auflauf nicht mit dabei war: Inhaltlich stößt dessen Chefin, Marine Le Pen, natürlich in dasselbe Horn. Und malt, immer wieder, die Überflutung Europas mit Horden von „Millionen Migranten" aus. Am 15. September 2015 verpasste sie lediglich ihren Ausdrücken zum Thema eine leichte Korrektur. Bei einem Rundfunkinterview wurde Marine Le Pen durch den Jouralisten Patrick Cohen kritisch befragt und auf ihren Ausspruch vom Vortag angesprochen, als sie die derzeitigen Migrationsbewegungen in die Nähe der so genannten Barbareninvasionen gerückt hatte. Dabei präzisierte die Chefin des FN – die sich zugleich über einen „politisch voreingenommenen" Fragesteller beschwerte –, sie habe „nicht von Barbaren" gesprochen, sondern von „den Invasionen im fünften Jahrhundert" (christlicher Zeitrechnung), also denen im Zusammenhang mit der so genannten Völkerwanderung. Aus Sicht des damals untergehenden (West)Römischen Imperiums handelte es sich dabei aber just um die so genannten Barbarenstürme…

Und Marine Le Pen, aber auch ihr innerparteilicher Widersacher Bruno Gollnisch – beide sitzen im Europaparlament, wobei Gollnisch nicht länger der gemeinsamen Fraktion angehört, weil er zum Altchef Jean-Marie Le Pen hält – bemühen nun ihrerseits stets ein weiteres „Argument". Eines, mit dem sie zugleich für sich selbst (natürlich zu Unrecht) beanspruchen, angeblich die Tradition der französischen Résistance zu verkörpern. Alle, jedenfalls männlichen, syrischen Migranten und Geflüchteten seien doch in Wirklichkeit „Deserteure"; und Feiglinge, die sich nur der Verteidigung ihres Landes gegen die es bedrohenden Barbaren entzögen. Denn sie lehnten es ja ab, gegen den Überfall des so genannten „Islamischen Staates" (IS) auf ihr Land zu

kämpfen. Anders als die Franzosen, die ihrerseits heldenhaft gegen die ausländische Übermacht gekämpft hätten, sei es in Gestalt von Jeanne d'Arc (oder der „Jungfrau von Orléans) im Hundertjährigen Krieg gegen die Engländer oder im Widerstand gegen die deutschen Besatzer.

Ein reichlich unpassender Vergleich zu 1940-44, den Marine Le Pen jedoch nicht zum ersten Mal sinngemäß heranzieht. Aufgrund eines anderen Ausspruchs aus ihrem Munde, dem zufolge auf der Straße betende Muslime in Frankreich „eine neue Besatzung, eine echte dieses Mal" verkörperten – gerichtet an jene, die so gerne alte Geschichten „vom Zweiten Weltkrieg" wiederkäuten – trug ihr nun erstmals einen Prozess ein. Anders als ihr Vater Jean-Marie Le Pen, der, u.a. aufgrund diversester rassistischer und antisemitischer Aussprüche, über 25 mal verurteilt wurde, ist Marine Le Pen bislang nicht vorbestraft. Aufgrund ihrer oben zitierten Auslassungen, die im Rahmen des innerparteilichen „Wahlkampfs" (vor der Urabstimmung über die Nachfolge Jean-Marie Le Pens) am 10. Dezember 2010 in Lyon getätigt wurden, wurde sie nun jedoch in ein Strafverfahren verwickelt. Am 2. Juli 2013 hob das Europaparlament deswegen ihre parlamentarische Immunität auf. Die Verhandlung dazu wird nun am 20. Oktober 2015 stattfinden. Marine Le Pen hat bereits angekündigt, persönlich zu erscheinen, da sie sich eine solche Tribüne nicht entgehen lassen möge.

Zurück zu ihrem aktuellen „Argument" gegen die aus Syrien Geflohenen: Ihr Vergleich unterschlägt natürlich, dass die Masse der syrischen Bevölkerung eingekeilt ist zwischen einem der weltweit übelsten Folterregimes einerseits, und den von ihm 2011/12 als Wunschgegner erst richtig aufgebauten Jihadisten andererseits. Das Argumentationsmuster der beiden FN-Politiker(/in) funktioniert nur dann, wenn man annimmt, man könnte im Dienst des Folterregimes von Al-Assad Dienst tun, um den IS zu bekämpfen. Was aus sehr guten Gründen für das Gros der syrischen Bevölkerung keine vernünftige Option bildet. Doch der Front National unterstützt auch anderweitig das amtierende Folterregime als „legitime syrische Regierung", und begrüßt dessen aktive Unterstützung durch das Russland unter Machthaber Wladimir Putin, einen anderen, heiß umjubelten politischen Freund der FN-Führung.

Rechtsextreme Radau-Rathäuser

Natürlich stehen die FN-Mandatsträger (und, wo vorhanden, Mandatsträgerinnen) bei der Abwehr gegen Geflüchtete, und generell gegen Immigration, nach wie vor in der ersten Reihe.

Bislang verfügt die rechtsextreme Partei noch über keine eigenen Bezirks- und Regionalregierungen, was sich jedoch in naher Zukunft ändern könnte. Denn am 6. und 13. Dezember dieses Jahres werden alle französischen Regionalparlamente – nunmehr dreizehn an der Zahl, nach der frisch beschlossenen Zusammenlegung mehrere Regionen, früher 22 – gewählt, und zwar nach dem Verhältniswahlrecht. In der neuen Großregion Nord-Pas de Calais-Picardie liegt die durch Marine Le Pen geführte Liste, mit 39 Prozent der Stimmabsichten, mit weitem Abstand in Führung. Bei ihrer Wahlkampferöffnung in Hénin-Beaumont, einer FN-regierten Kommune in der Region, kündigte Marine Le Pen am 13. September 2015 an, falls sie gewählt werde, dann werde auf allen von der Region (d.h. von ihrer öffentlichen Hand) abhängenden Arbeitsplätzen künftig die ‚préférence nationale' oder „Inländer-Bevorzugung" eingeführt. Also die Einstellung unter besonderer Berücksichtigung der Nationalität. Was, selbstverständlich, eine illegale Diskriminierung darstellt – mit Ausnahme jener (inzwischen relativ wenig gewordenen) Stellen, bei denen der Gesetzgeber selbst einen Nationalitätsvorbehalt erhebt, wie auf den für Franzosen reservierten Stellen bei Polizei, Armee (außer Fremdenlegion) und Richterschaft, oder auf den für EU-Bürger/innen reservierten Stellen bei der französischen Eisenbahn. Am 20. September kündigte Marine Le Pen bei ihrem ersten Wahlkampf-Auftritt in der picardischen Regionalhauptstadt Amiens ferner einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst der Region an, obwohl ihre Wahlkampfstrategie ansonsten stark auf soziale Demagogie ausgerichtet ist.

Ob ein auf regionaler Ebene regierender FN tatsächlich die „Inländerbevorzugung" (welche den innersten Kern seiner Programmatik ausmacht) einführen würde, muss vorläufig dahin gestellt bleiben. Denn natürlich würde es eine solche Regionalregierung in Konflikt mit dem Gesetz, dem französischen wie dem EU-Recht, bringen. Auf Ebene der fünfzehn rechtsextrem regierten Kommunen hat die Partei einen solchen offenen Gesetzesverstoß bislang nicht unternommen. Im März 2015 waren fünfzehn rechtsextreme Bürgermeister gewählt worden, von ihnen gehörten zehn dem FN an, und als elfter kam der vom FN unterstützte Robert Ménard in Béziers hinzu. Vier andere gehörten der rechtsextremen Regionalpartei ‚Ligue du Sud' an. Einer von den Letztgenannten, in der rund 5000 Einwohner/innen zählenden Kleinstadt Camaret-sur-Aigues, ist inzwischen seinerseits zum FN übergetreten. Zwölf Städte unterschiedlicher Dimensionen dürfen als derzeit als FN-regiert gelten.

Auch wenn die Front National-Rathausregierungen bislang also nicht offen Gesetze etwa über Diskriminierungsverbote brachen, so richteten sie doch ein Klima ein, das es ausländischen Einwohner/inne/n in der Praxis einfach nicht angeraten erscheinen lässt, etwa Einladungen von Familienangehörigen zu verschicken, die vom Rathaus abgestempelt werden müssen. Zugespitzt hat sich die Entwicklung jedoch seit der jüngst in ganz EU-Europa ausgerufenen „Flüchtlingskrise". Die mit viel Aufwand und auf Hochglanzpapier produzierte Rathauszeitung von Béziers etwa publizierte ihre Nummer von Anfang September 2015 mit einem Titelblatt, das eine auf die Stadt zuschwappende Welle von Migranten suggeriert. In einer Fotomontage wird ein in Mazedonien aufgenommenes Bild von an der Grenze sich stauenden Migranten gezeigt, daneben stehend Hinweisschilder wie „Béziers: 3825 Kilometer" und „Zur kostenlosen Sozialversicherung". Knapp zwei Wochen später drang Ménard persönlich, an der Spitze einer Kohorte von Kameras, in seit längerem leerstehende – für Renovierung oder den Abriss bestehende – Wohnungen in Béziers ein, in denen syrische Geflüchtete untergekommen waren, nachdem man ihnen keine Unterkünfte für die Dauer des Asylverfahrens zugeteilt hatte. Dabei tönte er den Menschen laut entgegen: „Sie sind in dieser Stadt nicht willkommen"! Zugleich kündigt er an, zwei durch den Präfekten (Vertreter des Zentralstaats) geprüfte „legale" Unterkünfte in seiner Stadt in Frage zu stellen, und verhindern zu wollen.

Aufgrund dieser Vorkommnisse hat sogar die konservative Stadtopposition inzwischen das Rathausoberhaupt Robert Ménard deutlich aufs Korn genommen. Sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete und Mandatsträger/innen lancierten eine Petition an Staatspräsident François Hollande, in welcher sie die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Robert Ménard (wegen der Republik unwürdiger Amtsführung) fordern. Bei unserem Redaktionsschluss trug die Petition inzwischen 8000 Unterschriften.

Aber nicht nur rechtsextreme, auch andere Bürgermeister ergriffen beschämende Positionen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten. Mehrere konservative Stadtoberhäupter aus den Reihen der Partei Les Républicains – der früheren UMP –, wie im bretonischen Roanne erklärten etwa, aus Syrien und dem Iraq (eingedeutscht Irak) nähmen sie „ausschließlich geflohene Christen" aufzunehmen. Denn diese schnitten, wie der Bürgermeister von Charvieu-Chavagneux (Raum Grenoble) am 8. September 2015 unter Verweis auf Gräueltaten des so genannten „Islamischen Staates" sekundierte, immerhin „keine Hälse (Kehlen) durch". Nach Religionszugehörigkeit von Individuen zu diskriminieren, ist zwar schlicht illegal, doch die aufgezählten Beispiele machten in der Folge unter einigen Bürgermeistern Schule, die ähnlich gelautete Erklärungen abgaben.

Bernard Schmid, Paris ■

Erneute Sammelabschiebung vom Flughafen Karlsruhe

Heute am 22.9.2015 fand erneut eine Sammelabschiebung vom Flughafen Karlsruhe Baden-Baden nach Belgrad und Skopje statt. Nach unseren Beobachtungen wurden Personen in Fahrzeugen aus Reutlingen, Tübingen, Ludwigsburg, Rastatt, Stuttgart sowie in einem Polizeiauto aus Rheinland-Pfalz, zum Flughafen Karlsruhe Baden-Baden transportiert. Eine größere Gruppe darunter auch Kinder wurden mit dem Omnibusbetrieb Taeter-Tours aus Dresden unter Polizeiaufsicht zum Flughafen gefahren. Nach Belgrad wurden 15 Personen (davon 12 aus Baden-Württemberg) und nach Skopje 20 Personen (davon 7 aus Baden-Württemberg) abgeschoben. 13 der Betroffenen waren 14 Jahre alt oder jünger. Insgesamt also 35 Personen.

Familien mit Kindern aus verschiedenen Bundesländern (Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland Pfalz) wurden zurück ins Elend geschickt. Die Betroffenen wurden im jeweiligen Fahrzeug festgehalten bis Sie einzeln unter Polizeiaufsicht in den Terminal geführt wurden. Das Gepäck, dass sich bei vielen um eine Abschiebetasche (provisorische, große Tasche) handelte, wurde nochmals nach dem Verlassen des Fahrzeugs von der Polizei auf das genaueste untersucht. Bei dem Gepäck handelt es sich meist um schnell und in der Not gepackte Sachen. Die Menschen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern stammen, wurden behandelt wie Kriminelle.

22 Jugendliche bzw. erwachsene Personen sahen sich einem größeren Polizeiaufgebot gegenüber, das die Abschiebung im Terminal des ehemaligen Militärflughafens sicherte. Polizist*innen beobachteten jede Bewegung der Geflüchteten. Wie viel Sicherheitskräfte an Bord der Maschine mit geflogen sind, ist nicht bekannt. 2014 flogen 366 Sicherheitskräfte bei Abschiebeflügen von Bulgaria Airways mit (Bundesdrucksache 18/4025). Die Flugkosten von Bulgaria Airways (Flug mehr als 30 000 Euro), sowie der gesamte Polizeieinsatz wird den Betroffenen in Rechnung gestellt. Arme Menschen werden so mit tausenden Euros belastet.

Beobachter*innen die zur Dokumentation der Sammelabschiebung angereist waren, wurden von Anfang an von zwei Zivilpolizist*innen observiert. Zwei Vertreter*innen der Ordnungsbehörde Rastatt, wiesen die Beobachter*innen auf die Anmeldepflicht von Versammlungen hin, parallel dazu nahmen die Polizeibeamt*innen die Personalien der Beobachtenden auf. Einer der Personen der Ordnungsbehörde führte einen etwa 4 cm dicken Ordner mit sich in dem alle vergangen Versammlungen inklusive Flyer etc., dokumentiert waren.

Das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung setzt sich für die sofortige Aussetzung der Abschiebungen ein und fordert, wie aktuell der Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Bayern, ein humanitäres Bleiberecht für Roma. Weiterhin fordert das Freiburger Forum das Nichtzurückweisungsprinzip als völkerrechtlicher Grundsatz zu respektieren und Menschen denen lebensnotwendige sozio-ökonomischen Kernrechte nicht gewährt werden, ein Aufenthaltsrecht zu gewähren. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die volle Anwendung des Artikel 9 der EU-Qualifikationsrichtlinien, wonach ein Aufenthaltsrecht möglich ist, wenn existenzielle Bedrohungssituationen vorliegen. Weiterhin fordern wir einen sofortigen Winterabschiebestopp in die Länder des Balkans und Schluss mit der Politik, die beispielsweise den Kosovo, als das Land mit der höchsten Kindersterblichkeit in Europa als „sicheres Herkunftsland“ anerkennen will.

Quelle: PM Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung 22.09.2015 ■



Sofortige Aussetzungen der Abschiebungen!
Quelle: Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung

Wertheim: Brandanschlag auf geplante Notunterkunft

In der Nacht vom 19. auf den 20. September verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Wertheimer Turnhalle, die für die Unterbringung von mehr als 300 Asylsuchenden vorgesehen war. Nun ist das Gebäude einsturzgefährdet und nicht mehr nutzbar. In derselben Nacht zündeten Unbekannte in Riedlingen Müllcontainer vor einer bewohnten Flüchtlingsunterkunft an und sprühten Hakenkreuze an die Fassade.

Bundesjustizminister Heiko Maas hat mit Besorgnis auf die zunehmenden Übergriffe auf Flüchtlingsheime reagiert. Jeder Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim sei ein Anschlag auf unsere Gesellschaft, schrieb der Justizminister auf Twitter.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 21.09.2015 ■

Kostenlose ÖPNV-Beförderung

Ab dem 1. Oktober 2015 übernimmt das Land Niedersachsen die Fahrtkosten für die ÖPNV-Beförderung der Flüchtlinge, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen leben. Die Flüchtlinge müssen dafür bei Fahrtantritt lediglich ihren Hausausweis vorzeigen.

Das Land zahlt dafür künftig Ausgleichszahlugen an die Beförderungsunternehmen und die aufwendige Fahrtkartenausgabe und -abrechnung wird somit entfallen.

Damit wird nun nicht mehr zwischen kostenlosen amtlichen und privaten Fahrten unterschieden, die die Flüchtlinge bisher selber zahlen mussten. Das ist ein erfreulicher Schritt zur Verbesserung der Mobilität der Flüchtlinge und ermöglicht eine bessere gesellschaftliche Teilhabe.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org ■

Kostenlose* telefonische Rechtsberatung

Die Deutsche Anwaltshotline wird eine kostenlose, telefonische Rechtsberatung für Flüchtlinge und deren Unterstützer_innen anbieten. Ab dem 7.10.2015 werden an 16 Terminen einständige Beratungsmöglichkeiten angeboten.

Die Beratung ist grundsätzlich kostenlos, es fallen lediglich die üblichen Festnetz- bzw. Mobilfunkkosten an. (Außerhalb der 16 Beratungstermine kostet jede Minute jedoch 1,99€.)

Der erste Termin wird sich mit dem Thema „Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge“ beschäftigen.

Weitere Themen:

- Aufenthaltsbeschränkung für Flüchtlinge
- Finanzielle Leistungen für Flüchtlinge
- Familiennachzug von Flüchtlingen

Außerdem wurde ein Online-Assistent eingerichtet, der, je nach Status, Auskunft über den Zugang zum Arbeitsmarkt für jeden einzelnen Flüchtling gibt.

Weitere Informationen zu dieser Aktion sowie die nächsten Termine finden sie auf der Seite:
www.deutsche-anwaltshotline.de/fluechtlingsberatung

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 17.09.2015 ■

Westbalkanflüchtlinge Anteil sinkt

„Nur noch rund zehn Prozent der Asylsuchenden kommen aus den Ländern des Westbalkan. Die Erweiterung der Liste sogenannter, sicherer Herkunftsländer' als Maßnahme gegen den angeblichen Asylmissbrauch ist damit obsolet. Fast drei Viertel aller Asylsuchenden sind Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten, 50 Prozent sind allein syrische Kriegsflüchtlinge. Die geplanten Abschreckungsmaßnahmen gehen also völlig an der Realität vorbei", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE., zur Antwort der Bundesregierung vom 17. September auf eine schriftliche Frage zu den aktuell registrierten Asylsuchenden in Deutschland. Die Abgeordnete weiter:

„Die Angaben zu den vom 1. bis zum 13. September 2015 in Deutschland registrierten Asylsuchenden zeigen: 72,5 Prozent der Asylsuchenden – also 41 974 von 57 866 Personen – kamen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Eritrea, also allesamt Herkunftsländer mit sehr hohen Anerkennungsquoten. Sie stellen den ganz überwiegenden Teil der Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben werden. Dementgegen fanden sich in der Liste der von der Bundesregierung angegebenen 10 wichtigsten Herkunftsstaaten nur drei Westbalkan-Staaten wieder: Albanien, Serbien und Mazedonien, mit insgesamt 5131 Personen, die als asylsuchend registriert wurden. Diese Flüchtlinge machen lediglich 8,9 Prozent aller Asylsuchenden aus.

Diese Zahlen widersprechen dem Bild, was uns Teile der Politik und der Medien immer wieder vermitteln wollen. Die vielbeschworene Gefahr eines massenhaften Asylmissbrauchs durch Westbalkanflüchtlinge ist in Anbetracht der aktuellen Zahlen nichts weiter als ein Hirngespinst, mit dem die Bundesregierung einen der schärfsten Einschnitte in das Asylrecht seit den 90er Jahren rechtfertigen will. Das dürfen wir nicht zulassen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 22.09.2015 ■

Kraftakt in Brüssel – Minimale Zugeständnisse unter maximalem Protest

„Die Beschlüsse, die gestern in Brüssel gefasst wurden, lösen keine Probleme, sie drohen im Gegenteil neue zu schaffen. In Anbetracht der Vielzahl von Schutzsuchenden ist die Kontingentierung auf 120 000 Flüchtlinge nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der gestern beschlossene Verteilungsplan wird weder den Flüchtlingen gerecht, noch beruht er auf einer solidarischen, gemeinsamen europäischen Politik, " kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., die Ergebnisse des gestrigen EU-Innenministergipfels in Brüssel. Jelpke weiter:

„Die Mitgliedstaaten haben wieder einmal bewiesen, dass sie zu echter Solidarität nicht bereit sind und die Flüchtlingsaufnahme immer noch nicht als das begreifen, was sie sein muss – eine humanitäre Verpflichtung jenseits von Kontingenten und nationalstaatlichen Interessen. Nach wie vor weigert sich die EU, sich auf ein längerfristiges Konzept zur solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen festzulegen. Dass sich vier Staaten sogar einer Lösung auf Basis des kleinstmöglichen Nenners komplett verschließen, zeigt auf, wie schlecht es um die europäische Flüchtlingspolitik steht.

Heute soll es laut Gipfelchef Donald Tusk bei dem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs vor allem um den besseren Schutz der EU-Außengrenzen und eine Stabilisierung der Lage in Kriegs- und Krisengebieten gehen. Im Mittelpunkt des Treffens steht damit wieder einmal die Abschottung Europas und die Frage, wie Flüchtlinge möglichst effektiv von den EU-Außengrenzen fernzuhalten sind."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 23.09.2015 ■

Landesregierung plant härtere Abschieberegelungen

Die rot-grüne Landesregierung will ihre bisherige Abschiebepraxis ändern: Abgewiesene Asylbewerber mit weniger als 18 Monaten Aufenthaltsdauer sollen künftig schneller und ohne vorherige Benachrichtigung abgeschoben werden. Das kündigte Innenminister Boris Pistorius (SPD) am Donnerstag im Landtag an. Auch der Zugang zur Härtefallkommission bleibt dieser Gruppe verwehrt. Bei Familien oder alleinerziehenden Eltern bleibt es bei der bisherigen Regelung. Der entsprechende Erlass soll kurzfristig angepasst werden.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen reagiert mit scharfer Kritik: In einem Gespräch mit dem Staatssekretär war noch in der vergangenen Woche verabredet worden, die vorliegenden Zahlen und die Folgen des Erlasses zu evaluieren. Der sog. Rückführungserlass, mit dem das Land einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik einleitete und den oft menschenverachtenden Umgang der Vorgängerregierung beendete, ist eine der zentralen Errungenschaften der Landesregierung. Der Erlass war, wie Innenminister Pistorius es vor einem Jahr (23.9.2015) zur Begründung des Erlasses ausdrückte, „ein wichtiger Schritt für mehr Menschlichkeit in der Niedersächsischen Ausländer- und Flüchtlingspolitik". Allzu leichtfertig und schnell räumt der Innenminister jetzt das Feld und bereitet den Boden für eine Rückkehr zu überwunden geglaubten Methoden des Vollzugs. In Anbetracht dessen ist es nahezu grotesk wenn Herr Pistorius nun davon spricht, dass „[…] wir [uns hüten sollten], jetzt, da die Zugangszahlen stark steigen, unsere für richtig erachteten Grundsätze über Bord zu werfen." (HAZ, 17.09.2015) Denn genau diese Grundsätze sind durch den geplanten Erlass in Gefahr.

Es gab und gibt gute Gründe dafür, auf überfallartige Abschiebungen im Morgengrauen zu verzichten und den Menschen die Möglichkeit einzuräumen, sich auf eine evtl. Rückkehr vorzubereiten – oder ggfs. auch eine Abschiebung gerichtlich prüfen zu lassen. Kündigt sich hier ein Rollback in der niedersächsischen Flüchtlingspolitik an?

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 17.09.2015 ■

Flüchtlinge, die sich wehren und Solidarität

„Nichts fürchtet die Bürokratie mehr als Unordnung und Selbstbestimmung", kommentierte Roland Röder für den Saarländischen Flüchtlingsrat die ständigen Mahnungen der Landesregierung, dass angesichts der hohen Zuwanderung von Flüchtlingen Chaos entstehen und die solidarische Stimmung innerhalb der Bevölkerung kippen könnte.

Hier das „Chaos", dort die Kräfte der „Ordnung". Hier die Flüchtlinge, die sich auf ihrem Weg nach Europa gegen unmenschliche Behandlung wehren und sogar ohne schriftliche Erlaubnis die Notbremse ziehen. Dort die EU-Institutionen und die saarländische Landesregierung, die das alles bewältigen müssen.

„Der Saarländische Flüchtlingsrat fürchtet nicht, dass innerhalb der Bevölkerung die Stimmung kippt.", so Roland Röder. „Im Gegenteil: Viele sind in Sachen Solidarität und Unterstützung weiter als die Landesregierung." Dennoch dürfe man das Potenzial der rassistischen Ablehnung nicht unterschätzen. Das habe auch der Brandanschlag in Bliesdalheim auf eine zukünftige Unterkunft gezeigt.

Nicht der Staat hat die „Willkommenskultur" erfunden, sondern sie wurde von Flüchtlingen und Flüchtlingsorganisationen auf den Weg gebracht; genau genommen erkämpft. Quer durch die Republik gibt es eine große Zahl von Helfern und Unterstützern, die diese „Willkommenskultur" praktisch leben. Im Saarland steht ihnen eine Landesregierung gegenüber, die gerade dabei ist, Solidarität und Hilfe mittels Stabsstellen und Bürokratie in geordnete Bahnen zu lenken, aber das Wesentliche übersieht: Die europäische Abwehr- und Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen ist faktisch gescheitert. Es

gibt kein „Weiter so“, auch wenn Deutschland jetzt die Grenzen dicht macht.

„Die Festung Europa ist durchlässig. Das Dublin-System am Ende.“, erklärte Peter Nobert ebenfalls für den Flüchtlingsrat. „Immer deutlicher wird: Flüchtlinge fordern aktiv ihr Recht auf Leben und

Perspektive für sich und ihre Familien ein.“ Das sei die Botschaft aus Kos, Lesbos, Mazedonien, Ungarn oder Passau. Das motiviere auch viele Menschen hierzulande Flüchtlingen solidarisch zur Seite zu stehen.

Quelle: Sarländischer Flüchtlingsrat 15.09.2015 ■

Änderungen in Asylpolitik verfassungswidrig?

Bundesinnenminister de Maizière ist zuversichtlich, dass die geplanten Verschärfungen der Asylgesetzes umgesetzt werden. Derweil wächst der Widerstand bei der Opposition sowie bei Menschenrechtsorganisationen. Sie halten das Vorhaben für verfassungswidrig.

Vor den Bund-Länder-Verhandlungen zur Flüchtlingspolitik am Donnerstag hat sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zuversichtlich über eine Einigung geäußert. Er sehe vier Schwerpunkte, sagte de Maizière am Mittwoch nach einer Sitzung des Innenausschusses des Bundestags in Berlin.

Dazu zählte er den Wunsch nach einer Beschleunigung der Asylverfahren, die Schaffung von Erstaufnahmeplätzen für Flüchtlinge, das Gesetzespaket mit Standarderleichterungen, Integrationsverbesserungen und „klareren Regelungen“ für diejenigen, die das Land verlassen müssen, sowie „natürlich Finanzen“, sagte der Minister.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, kritisierte die geplanten Verschärfungen der Asylgesetze, beispielsweise die geplanten Kürzungen bei Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber. Beck sprach von einer „Entrechtung von Asylbewerbern“. Er appellierte an die Grünen in den Ländern, sich bei den Verhandlungen für Änderungen einzusetzen.

Verbände: Geplante Änderungen verfassungswidrig

Deutliche Kritik kam auch von Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechtsorganisationen. Sie halten die geplanten Einschnitte für verfassungswidrig. Das Vorhaben, Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive nur noch das physische Existenzminimum zur Verfügung zu stellen, sei „klar menschenrechtswidrig“, sagte Wiebke Judith von Amnesty International am Mittwoch in Berlin. Pro Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt sprach von einem „Programm zur Entwürdigung von Menschen“.

Amnesty-Expertin Judith sagte, das Bundesverfassungsgericht habe festgestellt, dass auch Flüchtlingen das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum zur Verfügung gestellt werden müsse. Das heißt, dass nicht nur ihr Bedarf an lebensnotwendigen Gütern gesichert ist, sondern auch ein gewisses Maß an sozialer Teilhabe ermöglicht wird. Dies dürfe nicht an die Bleibeperspektive gebunden werden. Der aktuelle Gesetzentwurf stehe in klarem Kontrast zu diesen Vorgaben.

Auf Kritik stößt bei den Verbänden außerdem der Plan, die Maximalaufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate auszuweiten. Harald Löhlein vom Paritätischen Wohlfahrtsverband sagte, dies bedeute für die Asylbewerber sechs Monate Arbeitsverbot, weil sie in Erstaufnahmeeinrichtungen generell keine Beschäftigung aufnehmen dürfen. Dies konterkariere auch die jüngsten Gesetzesänderungen, die das Arbeitsverbot auf die Dauer von drei Monaten beschränkten.

Bei der Runde am Donnerstag kommen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Mitglieder ihres Kabinetts mit den Regierungschefs der Länder im Kanzleramt zusammen. Es werden Beschlüsse erwartet, durch die sich Bund und Länder eine bessere Organisation und Entlastung in der derzeitigen Flüchtlingssituation erwarten.

Quelle: http://www.migazin.de 24.09.2015 ■

PRO ASYL veröffentlicht Zugangsstatistik 08/ 2015

Zahlen liefern keine Nahrung für Phantomdebatte um sichere Herkunftsländer

PRO ASYL hat am 31.08. die Verschleierung von Statistiken durch das Bundesinnenministerium angeprangert, jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch: Die PRO ASYL vorliegende bundesweite Zugangsstatistik für August 2015 im Anhang zeigt deutlich, dass Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern des Westbalkans mittlerweile nur einen Bruchteil der Asylsuchenden in Deutschland stellen.

Die Zahl der Asylsuchenden aus Albanien ist mit 8,1 % stark rückläufig, Asylsuchende aus Serbien (2,1 %) und Mazedonien (1,3 %) spielen im August praktisch keine Rolle mehr. Die vor allem von der CSU, aber auch dem Bundesinnenminister, forcierte Debatte um angebliche sichere Herkunftsländer wie Kosovo, Bosnien oder Montenegro erweist sich als Phantomdebatte: Diese drei Länder tauchen in den Top 10 der Herkunftsländer aller Asylsuchenden nicht einmal mehr auf. Fakt ist: Mehr als 70 % der im August nach Deutschland Eingereisten stammen aus Kriegs- und Krisengebieten. Flüchtlinge aus Syrien (44,5%), Afghanistan (8,9%) und dem Irak (2,9%) machen zwei Drittel aller Schutzsuchenden in Deutschland aus.

„Die Beschlüsse der Großen Koalition vom 6. September sind angesichts dieser Zahlen überholt und auf falscher Grundlage entstanden“, kritisiert PRO ASYL Geschäftsführer Günter Burkhardt. Wenn aktuell mehr als 70% der Ankommenden aus Kriegs- und Krisengebieten stammen, muss der Bund sich darauf konzentrieren, die Mittel für ein Integrations- und Aufnahmekonzept bereitzustellen. Die Pläne, jetzt 150 000 Erstaufnahmeplätze zu schaffen und damit den aktuellen Engpass durch Überfüllung noch weiter in die Krise zu treiben, heißt, die jetzt schon menschenunwürdigen Zustände in den Unterkünften zuzuspitzen.

Ein schneller Auszug aus den Erstunterkünften erleichtert die Integration, wie auch Sprachförderung und Hilfestellungen bei der Arbeits- und Ausbildungssuche. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum insbesondere in den Ballungszentren wurde seit Jahren vernachlässigt und ist das Gebot der Stunde.

PRO ASYL fordert: Die Bundesregierung muss endlich ein kurz-, mittel- und langfristig durchfinanziertes Integrations- und Aufnahmeprogramm vorlegen. Doch Teile der Bundesregierung, insbesondere die CSU, machen immer noch Stimmung für das Gegenteil.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 11.09.2015 ■

Krieg gegen Flüchtlinge

Das Recht, zu kommen und zu bleiben

Als im April die Bilder der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge um die Welt gingen, schrieb Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung: „Die EU hätte die Möglichkeit und die Mittel, die Flüchtlinge zu retten, aber man lässt sie ertrinken, ihr Tod wird hingenommen … er soll abschreckend auf andere Flüchtlinge wirken. Diese Union ist eine tödliche Union.”

Heribert Prantl hat recht: Die Herrschenden in Europa haben alle legalen Wege für Schutzsuchende versperrt. Sie sind verantwortlich für das Massensterben im Mittelmeer.

Wenn es trotzdem Tausende Flüchtlinge schaffen, nach Deutschland zu kommen, dann reden die Politiker der regierenden Parteien der CDU, CSU und SPD von einer „Katastrophe”. Wenn Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesteckt werden, dann heucheln sie Empörung, nachdem sie jahrelang die Flüchtlinge als „Asylschmarotzer” diffamiert und den rassistischen Mob angefeuert haben. Aber nicht die Flüchtlinge sind die Katastrophe, eine Katastrophe ist die Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU-Staaten – ihre rigorose Abschottungs- und Abschiebepraxis.

Eine Katastrophe ist die ausbeuterische Welthandelspolitik der westlichen Staaten und ihrer multinationalen Konzerne, die den Menschen in den Ländern des Südens die Lebensgrundlagen zerstört und sie dazu zwingt, vor dem Elend und der Armut in ihren Heimatländern zu fliehen.

Die Botschaft der Flüchtlinge lautet: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört". Solange sich daran nichts ändert, werden Flüchtlinge kommen – und das ist ihr gutes Recht. Dafür müssen wir eintreten und gegen die Politik der Abschottung Europas kämpfen: Gegen die Errichtung von Mauern und Stacheldraht an den Außengrenzen der EU, gegen Leistungskürzungen für Flüchtlinge und gegen Abschiebungen. „Flüchtlinge willkommen", das kann nicht heißen, dass die deutschen Behörden entscheiden, wer bleiben darf und wer nicht, wer „echte Fluchtgründe" hat, wer für die deutsche Wirtschaft nützlich ist und wer nicht. Die staatstragenden Parteien wollen die Asylanerkennungsverfahren beschleunigen. Schnellere Verfahren heißt aber nichts anderes, als dass abgelehnte Asylsuchende schneller und konsequenter abgeschoben werden – zurück ins Elend. Sie wollen sogenannte Auffanglager, oder besser gesagt: Abschiebelager, errichten – in Griechenland und Italien, in Ungarn und Kroatien, und möglichst auch im Nahen Osten und Nordafrika, damit die Flüchtlinge gar nicht erst bis nach Deutschland kommen.

Im Juni 2015 hat der Rat der Europäischen Union die Militäroperation „Eunavfor Med" im Mittelmeer unter Einsatz von Kriegsschiffen, U-Booten, Flugzeugen, Helikoptern und Drohnen beschlossen. Der Operationsplan sieht vor, die Boote von Schleppern zu suchen, aufzubringen, zu beschlagnahmen und zu zerstören. Die Bundeswehr beteiligt sich mit zwei Kriegsschiffen und 1000 Soldaten, auch im Einsatzhauptquartier an Bord des italienischen Flaggschiffs. In einer geplanten dritten Phase des Einsatzes sollen nicht nur die Schleuserboote in internationalen Gewässern, sondern auch an der Küste Afrikas, an Land, zerstört werden.

Menschenrechte gelten in Europa nicht für Flüchtlinge. Wenn die Regierungen der EU-Staaten von der „Europäischen Wertegemeinschaft" reden, dann meinen sie die Freiheit der Banken und Konzerne, die Freiheit der Superreichen. Freizügigkeit wollen sie nur für Waren und Kapital – nicht für die Menschen.

Alle Flüchtlinge haben das Recht, zu kommen und zu bleiben, nicht nur diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sondern auch diejenigen, die dem Hunger und Elend in ihren Herkunftsländern entkommen wollen. Sie brauchen sichere Fluchtwege und legale Einreise in die EU. Nur wenn es legale Einreisemöglichkeiten nach Europa gibt, werden Flüchtlinge nicht mehr gezwungen sein, Tausende Euro für Schleuser zu bezahlen und sich in Lebensgefahr zu begeben. Erst dann wäre auch den skrupellosen Schleusern die Geschäftsgrundlage entzogen.

Claus Schreer / Junge welt, 29.9.2015 ■

„Große Koalition beschließt Verfassungsbruch"

Im Schnellverfahren will die Große Koalition die Verschärfungen im Asylrecht durchpeitschen. PRO ASYL widerspricht dem öffentlich erweckten Eindruck, der Gesetzentwurf sei entschärft worden. Gemessen an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum von Asylbewerbern kann von einer Entschärfung nicht die Rede sein.

Die Große Koalition will Flüchtlingen, die z.B. in einem anderen EU-Staat einen Schutzstatus erhalten haben oder in einen anderen EU-Staat verteilt worden sind, vom Existenzminimum ausschließen – ungeachtet dessen, dass sie in den anderen EU-Ländern oft keine Lebensperspektive haben oder selbst Menschenrechtsverletzungen erleiden müssen. Auf die dramatische Situation von anerkannten Flüchtlingen z.B. in Bulgarien hatte PRO ASYL am 16. April 2015 hingewiesen und massive Menschenrechtsverletzungen in einer Dokumentation zahlreicher Einzelfälle öffentlich gemacht.

Die heute vom Bundesinnenminister behauptete Entschärfung stellt lediglich eine Veränderung in der Gruppe der Betroffenen dar. Während in der Fassung des Gesetzentwurfs vom 14. September alle Personen im Dublin-Verfahren von Leistungskürzungen betroffen sein sollten, hat man sich nun auf die Anerkannten und weitere Gruppen fokussiert (Stand: 21. September). Betroffen sind nun:

- ◊ Wer bereits in einem anderen EU-Land als schutzberechtigt anerkannt worden ist und dennoch nach Deutschland kommt (Anerkannte).
- ◊ Personen, die von einem ersten EU-Land in ein anderes EU-Land umgesiedelt worden sind und dann nach Deutschland weitergereist sind (Relocation).
- ◊ Geduldete, bei denen aus von ihnen selbst zu vertretenen Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können.

Künftig soll bei diesen Gruppen nur noch Mittel zur physischen Existenzsicherung, sprich Lebensmittel und Wohnen etc., gewährt werden. Das sozio-kulturelle Existenzminimum, das oftmals unter dem Stichwort „Taschengeld" diskutiert wird, soll hingegen gestrichen werden. Darunter fällt z.B. die Ermöglichung von Kommunikation.

Die Große Koalition will damit einen Paragraphen verschärfen, der schon jetzt von vielen Gerichten als verfassungswidrig eingeschätzt wird. Für die Geduldeten sieht schon der bisherige § 1a AsylbLG in bestimmten Fällen eine Leistungskürzung auf das „unabweisbar gebotene" vor. Dies ist mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar.

PRO ASYL hält den Vorstoß der Großen Koalition insgesamt für verfassungswidrig, da er gegen die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip verstößt. Das Bundesverfassungsgerichts hat in seinem Grundsatzurteil vom 18. Juli 2012- 1 BvL 10/10 -, – 1 BvL 2/11 – ausdrückliche festgestellt:

„Auch eine kurze Aufenthaltsdauer oder Aufenthaltsperspektive in Deutschland rechtfertigt es im Übrigen nicht, den Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums auf die Sicherung der physischen Existenz zu beschränken. Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG verlangt, dass das Existenzminimum in jedem Fall und zu jeder Zeit sichergestellt sein muss. Art. 1 Abs. 1 GG garantiert ein menschenwürdiges Existenzminimum, das durch im Sozialstaat des Art. 20 Abs. 1 GG auszugestaltende Leistungen zu sichern ist, als einheitliches, das physische und soziokulturelle Minimum umfassendes Grundrecht. Ausländische Staatsangehörige verlieren den Geltungsanspruch als soziale Individuen nicht dadurch, dass sie ihre Heimat verlassen und sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf Dauer aufhalten. Die einheitlich zu verstehende menschenwürdige Existenz muss daher ab Beginn des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland realisiert werden." (Rn. 120, Hervorhebung durch durch Pro Asyl)

„Migrationspolitische Erwägungen, die Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge niedrig zu halten, um Anreize für Wanderungsbewegungen durch ein im internationalen Vergleich eventuell hohes Leistungsniveau zu vermeiden, können von vornherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen. Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren." (Rn. 121)

Quelle: Presseerklärung ProAsyl 21.09.2015 ■

PRO ASYL-Forderungen zum Flüchtlingsgipfel

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen statt weiterer Abschottung. Beim morgigen Bund-Länder-Gipfel soll der Gesetzesentwurf derBundesregierung mit den Ländern abgestimmt werden. Die Bundesregierung agiert konzeptionslos und setzt auf kurzfristigen Aktionismus. Aktuell kommen vor allem Flüchtlinge nach Deutschland, die als Asylberechtigte anerkannt werden. Für sie müssten langfristige Aufnahme- und Integrationsstrukturen geschaffen werden. Stattdessen wird das Asylverfahren weiter bürokratisiert und neue Integrationshemmnisse werden entstehen. Durch die Verlängerung des Verbleibs in den Erstaufnahmeeinrichtungen

werden Flüchtlinge in ohnehin überlasteten Unterkünften kaserniert, ihre Chancen auf Integration werden verhindert. Die Einstufung weiterer Westbalkan-Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ ist sachlich nicht gerechtfertigt und höhlt das Recht auf Asyl aus. Als weitere Bürokratisierung der Asylverfahren wird die „Bescheinigung über die Meldungals Asylsuchender“ (sogenannte BÜMA) auf gesetzliche Grundlage gestellt, die Flüchtlinge monatelang in der Warteschleife verharren lässt, ohne dass sie ihr Asylverfahren durchlaufen können. PRO ASYL hält die Leistungskürzungen beim Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig. Sie verstoßen gegendie Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip.

PRO ASYL appelliert an die Bundesländer, insbesondere die grün-mitregierten, menschenrechtliche Grundsätze nicht aufzugeben und diesem Gesetzespaket die Zustimmung zu verweigern. Der Gesetzesentwurf löst nicht dieFlüchtlingskrise.

Anlässlich des Flüchtlingsgipfels veröffentlicht PRO ASYL ein umfassendes Grundsatzpapier zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Statt einer Abschottungspolitik bedarf es guter Aufnahmestrukturen und Integrationsperspektiven für Flüchtlinge. PRO ASYL erhebt folgende Forderungen an den Bund-Länder-Gipfel, die imGrundsatzpapier ausgeführt werden:

- Schnelle und faire Asylverfahren ohne Aushöhlungen derRechtsgarantien Asylsuchender. Die bürokratische Trennung in Asylersuchenund Asylantrag muss aufgehoben werden. Wird nach der Einreise ein Asylwunschgeäußert, unterrichtet die Stelle, sofern es nicht das Bundesamt ist, dasBAMF. Damit wird das Asylverfahren eröffnet. Die Bescheinigung über dieMeldung als Asylsuchender (BÜMA) entfällt. Das BAMF hat umgehend eineAnhörung durchzuführen. Die Entscheidung muss umgehend durch die Person, diedie Anhörung durchgeführt hat, erfolgen.
- Die Ausweitung und Systematisierung der Prüfung der Asylanträge vonMenschen, die kollektiv verfolgt werden. Diese Situation liegt derzeit beiMenschen aus Syrien und dem Irak vor. Das BAMF entscheidet bei ihnen meistim schriftlichen Verfahren. Auch für Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea undandere Personengruppen sollte ein schriftliches Verfahren angewandt werden.
- Zur Entlastung des BAMF wird eine Altfallregelung erlassen mit einer-Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge, über deren Asylantrag seit einem Jahrnicht entschieden wurde.
- Die gesetzliche Verpflichtung nach drei Jahren regelmäßig einenWiderruf einer Anerkennung zu prüfen, muss entfallen.
- Die gesetzlich festgeschriebene Unterbringung inGemeinschaftsunterkünften muss abgeschafft werden. Wer bei Familien oderFreunden unterkommen kann, muss die Möglichkeit dazu haben. Gleiches gilt,wenn eine Privatwohnung gefunden wird. Dies darf nicht durch die Zuweisungan ein bestimmtes Bundesland verhindert werden.
- Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle Menschen mit geringem Einkommen durch den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund.
- Sofortiger Zugang zu Sprachkursen und zu Qualifizierungen für alle-Flüchtlinge. Dabei lehnt PRO ASYL eine Einteilung in Flüchtlinge mit „guter“und „schlechter“ Bleibeperspektive ab. Diese Einteilung kann nicht vor einemAsylverfahren stattfinden und eine Orientierung an Anerkennungsquoten istmit dem Gedanken des individuellen Verfahrens unvereinbar.
- Gleichberechtigter Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt.
- Massive Investitionen in das Bildungs- und Ausbildungssystem und-Abbau bürokratischer Hürden.
- Das ehrenamtliche Engagement braucht hauptamtliche Unterstützung,Koordination und Qualifizierung.
- EU-weite Freizügigkeit für Menschen, die in einem EU-Staat alsinternational schutzberechtigt anerkannt sind.
- Dublin-III-Verordnung abschaffen: Schutzsuchende sollen in dem Land,das sie aufsuchen möchten, ihr Asylverfahren durchlaufen.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL Presseerklärung 23.09.2015 ■

Balkan-Sonderlager in Bamberg eröffnet

Flüchtlingsrat: Populistische Abschreckungspolitik verschwendet Ressourcen, die für die Bewältigung der aktuell großen Herausforderungen dringend gebraucht würden

Am heutigen Mittwoch (16.09.) eröffnete Bayerns Sozialministerin Emilia Müller in Bamberg das zweite bayerische Balkan-Sonderlager für 1500 Flüchtlinge aus den Balkanstaaten. „Aufnahme- und Rückführungszentrum für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive“ heißt die Einrichtung in Bamberg offiziell, bei der es sich, wie bei der in Manching, um ein Abschiebezentrum handelt. In dem Sonderlager seien „alle Beteiligten unter einem Dach versammelt. Verwaltung, Ausländerbehörde, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Verwaltungsgericht arbeiten Hand in Hand“, erklärte Müller heute in einer Pressemitteilung, – Hand in Hand, um die Flüchtlinge innerhalb weniger Wochen abzulehnen und abzuschieben. Der Zweck dieser Abschiebezentren ist klar: Die Kasernierung der Balkan-Flüchtlinge dient der Abschreckung, wie Innenminister Joachim Herrmann bereits im August offen einräumte.

Dass die bayerische Staatsregierung bereits damit begonnen hat, vermeintliche Erfolge ihrer Abschreckungspolitik zu verkünden, war zu erwarten. Die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten ist massiv zurückgegangen, was die Asylantragsstatistiken des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) belegen. Noch im Februar 2015 machten Flüchtlinge aus dem Kosovo mit 42,7% aller Zugänge die größte Gruppe aus, im Juli 2015 ist es, genau wie Bosnien-Herzegowina und Montenegro, nicht mehr unter den zehn wichtigsten Herkunftsländern. Lediglich aus Albanien gibt es weiterhin hohe Zugangszahlen (20,9% der Antragsteller im Juli), doch auch hier lassen Berichte aus den Transitländern bereits einen starken Rückgang vermuten.

„In Bamberg werden wie in Manching Flüchtlinge qua Herkunft kaserniert und isoliert, um sie am Fließband abzuschieben. Das individuelle Asylrecht wird nahezu ausgehebelt, wenn Asylanträge nur oberflächlich geprüft werden und Flüchtlinge kaum mehr eine Chance haben, Beratung und Rechtsmittel zu nutzen. Vor allem Minderheitenangehörige aus den Balkan-Staaten haben häufig wichtige Schutzgründe. In den Abschiebezentren sind sie jedoch kaum mehr in der Lage, diese überhaupt noch geltend zu machen. Zudem zeigen die aktuellen Zugangsstatistiken, dass die Abschiebezentren in keiner Weise notwendig sind. Die Bayerische Staatsregierung greift mit den Sonderlagern nur in die asylpolitische Mottenkiste und setzt einseitig auf Abschreckung, wo eine gründliche Prüfung von Einzelschicksalen notwendig wäre“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

„Wir stehen derzeit vor der großen Herausforderung, die vielen neu angekommenen Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan und vielen anderen Kriegsgebieten dieser Welt menschenwürdig unterzubringen, ihre Asylverfahren schnell zu bearbeiten und ihre Integration vorzubereiten. Dazu gäbe es viele Möglichkeiten, z.B. durch die Aussetzung der Dublin-Verordnung, die große personelle Ressourcen des BAMF bindet, oder die Abschaffung der rigiden Lagerpflicht für Flüchtlinge in Bayern, die es bisher verhindert, dass Flüchtlinge auch privat untergebracht werden können. Die Balkan-Sonderlager verschwenden für eine populistische Abschreckungspolitik jedoch nur Ressourcen, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden“.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 16.09.2015 ■

Neuer antirassistischer Soli-Sampler ‚Refugees Welcome!' erschienen

Von Janin Krude und Marko Neumann

Zehntausende Flüchtlinge versuchen derzeit in Europa eine sichere Zuflucht zu bekommen. … Viele Monate und Jahre leben sie in Ungewissheit darüber, ob sie hier bleiben dürfen oder nicht. Meistens sind sie auf engstem Raum mit mehreren anderen – oft fremden – Personen und in entlegenen Orten in Lagern untergebracht.

Mit der antirassistischen Kampagne ‚you can't break this movement' sammelt die Rote Hilfe e.V. Spenden für widerständige Geflüchtete und deren Unterstützer*innen, die durch ihren politischen Aktivismus von staatlicher Repression betroffen sind. Seit 2012 die ersten großen Protestmärsche von Würzburg nach Berlin starteten, sich nach und nach bundesweit Protestcamps gebildet haben, Gebäude besetzt, Botschaften gemeinschaftlich besucht und öffentliche Plätze genommen wurden, wurde diese Aktionen polizeilich und juristisch angegriffen.

Vorwürfe von Residenzpflichtverstößen, Körperverletzungen, Landfriedensbrüchen oder Widerstand gegen die Staatsgewalt sollen Widerstand delegitimieren und einschüchtern. Viele der betroffenen Aktivist*innen, ohne oder mit europäischem Pass, haben von der Roten Hilfe in den Folgemonaten politische und finanzielle Unterstützung erhalten. …

Mit dem neuen Solidaritäts-Sampler „Refugees Welcome" wollen auch wir die Kampagne ‚you can't break this movement' unterstützen. Alle Erlöse aus dem Verkauf der CD's gehen an den AntiRa Fond der Roten Hilfe.

Der antirassistischer Sampler besticht mit 16 Titeln aus dem Bereich Punk, Punk Rock und Hardcore. Dabei reicht die Liste der Bands weit über die Bundesrepublik hinaus, auch aus Österreich und der Schweiz haben sich Bands beteiligt.

Die CD's bekommt ihr bei uns für 6€ zzgl. Porto&Versand. Weiterverkäufer*innen (ab 5 CD's) bekommen auf Anfrage Rabatt. Schreibt uns eine Mail an infonordost@systemausfall.org.

Bestellung, Tracklist etc: http://ino.blogsport.de/2015/09/16/unterstuetzt-die-antirassistische-kampagne-der-roten-hilfe-und-bestellt-den-neuen-soli-sampler-refugees-welcome/ ■

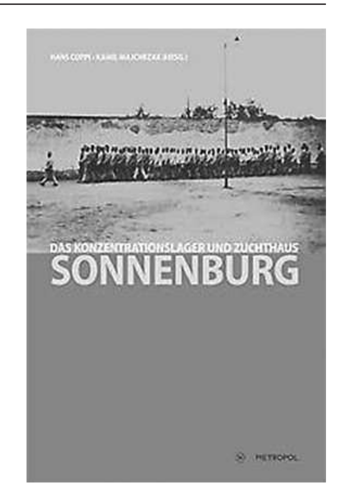
Das Konzentrationslager und Zuchthaus Sonnenburg

Am Donnerstag, den 24. September 2015, um 19 Uhr stellten Hans Coppi und Kamil Majchrzak das auf Deutsch und auf Polnisch im Metropol-Verlag herausgegebene Buch „Das Konzentrationslager und Zuchthaus Sonnenburg" in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin vor.

Sonnenburg symbolisiert wie kaum ein anderer Ort Beginn und Ende der zwölf Jahre währenden Schreckensherrschaft des NS-Regimes. Als eine der größten frühen Folter- und Haftstätten im Deutschen Reich wurde das Konzentrationslager Sonnenburg Anfang April 1933 errichtet. Neben Carl von Ossietzky, Erich Mühsam und Hans Litten waren in dem KZ Sonnenburg größtenteils Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter i inhaftiert. Die seit April 1934 wieder als Zuchthaus genutzte Haftstätte zeigt auch die umfassende Verfolgung des europäischen Widerstands. Seit 1942 waren über 1500 Freiheitskämpfer aus dem besetzten Westeuropa und Norwegen nach Sonnenburg verschleppt worden. Hunderte starben an Hunger, Kälte, Nässe, durch Zwangsarbeit oder unterlassene medizinische Hilfe. Mit dem Näherrücken der Roten Armee wurde die Evakuierung der Haftanstalt angeordnet. In der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1945 erschoss ein 17-köpfiges SS-Kommando 819 Häftlinge, von denen die meisten Ausländer waren überwiegend Bürger aus den überfallenen Ländern.

Erstmals widmet sich eine Publikation der in der deutschen Erinnerungskultur weitgehend unbekannten Geschichte des Konzentrationslagers und Zuchthauses Sonnenburg. Die 100 Kilometer von Berlin entfernte polnische Gemeinde Słońsk, das frühere Sonnenburg, ist mit dem neu gestalteten Museum und dem Friedhof mit 16 Massengräbern ein Gedenk- und Mahnort.

Die Berliner VVN-BdA hat sich in den letzten Jahren intensiv an den Bemühungen beteiligt, Słońsk als einen europäischer Gedenk- und Erinnerungsort wahrzunehmen und zu einem Denk- und Lernort für Jugendliche aus Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern zu entwickeln. So beteiligte sich der Internationale Arbeitskreis zum Gedenken an die Häftlinge des KZ und Zuchthauses Sonnenburg bei der Berliner VVN-BdA maßgeblich an der am 30. Januar 2015 eröffneten neuen deutsch-polnischen Dauerausstellung im rekonstruierten Museum der Martyrologie in Słońsk. Auf 15 Ausstellungstafeln und in Medienstationen konnte der Arbeitskreis den aktuellen Forschungsstand für den Zeitraum von 1933 bis 1945 vorstellen.



An der Erarbeitung der Ausstellung und der Publikation mit 21 Beiträgen sind Angehörige ehemaliger Häftlinge, Historiker, Journalisten, Studenten, Mitarbeiter von Gedenkstätten aus Polen, Frankreich, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Holland und Deutschland beteiligt. Einige der AutorInnen sind anwesend.

Das den in Sonnenburg von 1933 bis 1945 verstorbenen und ermordeten Häftlingen gewidmete Buch ist hat 239 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Die Publikation wurde gefördert von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Aktivem Museum Faschismus und Widerstand e.V.

Hans Coppi ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Keine Freiheit für Geflüchtete

Junge Freiheit Nr. 37-40/15 vom 4., 11., 18., 25. September 2015

Die Flucht von hunderttausenden Menschen vor Bürgerkrieg und Terror, aus Flüchtlingslagern, in denen sie verhungern, weil die Vereinten Nationen kein Geld für die Verpflegung haben, versetzt das Blatt mal wieder in Furcht vor anderen Kulturen und treibt es zu einem Lamento über das „Sozialparadies Deutschland". Stattdessen zieht es die Schlussfolgerung, dass das Schengen-Abkommen der Europäischen Union gescheitert sei und die BRD schleunigst zurückkommen müsse zu ständigen Grenzkontrollen, um „grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Immigration" zu verhindern. Wegen grenzüberschreitender Kriminalität sollte das Blatt mal beim VW-Konzern nachschauen.

Allerdings wandelt sich der Blick in den vier Ausgaben: Waren es in der ersten Ausgabe noch die angeblichen Sozialflüchtlinge aus den Balkanländern, die angeblich massenhaft, illegal und auf Sozialhilfe hoffend nach Westeuropa „drängen", so muss das Blatt nunmehr eingestehen, dass viele Kriegsflüchtlinge kommen. Die wiederum erwecken Furcht, weil sie keine Europäer sind – also aus einem für das Blatt fremdem Kulturraum. Es seien vor allem „gewaltaffine" junge Männer islamischer Religion, die nun nach Deutschland fliehen – das Blatt suggeriert tickende Zeitbomben, die irgendwann einen Bürgerkrieg in der Bundesrepublik beginnen. Und die vorgeblich außerdem den Wohlstand des Landes bedrohen: „Der von den Nachkriegsgenerationen geschaffene Wohlstand wird durch eine alle Maßstäbe übertreffende und alle Begrenzungen sprengende Euro-Rettungs- und Migrationspolitik aufs Spiel gesetzt." Warum? Wodurch? Weil in ein schrumpfendes Land viele Menschen kommen, die zu einem Teil hier bleiben wollen, von denen aber auch viele hoffen, dass irgendwann der Krieg vorbei ist und sie zurück gehen können. Gleichzeitig beklagt das Blatt, dass doch nicht alle Geflüchteten in der Bundesrepublik bleiben wollen, sondern weiterziehen in andere Länder: So seien von 520 angekündigten Geflüchteten nur 320 in Berlin angekommen, die anderen seien „spurlos" verschwunden. Jetzt sind sie nach Ansicht des Blattes ein Risiko für die Sicherheit. Es passt nicht ins Weltbild, dass Menschen eigene, andere Ziele haben als das angebliche Sozialparadies Bundesrepublik.

Für das Blatt steht fest, dass die Geflüchteten die Bundesrepublik in erhebliche Schwierigkeiten bringen werden – Asylanten, Asylkrise, Völkerwanderung, Kontrollverlust, permanenter Ausnahmezustand sind die Begriffe, mit denen das Blatt die Situation beschreibt – polemisch, aber auch hilflos angesichts der aktiven Willkommenskultur, deren Untergang es dauernd ankündigt.

Die AfD bleibt die Lieblingspartei

Junge Freiheit Nr. 37+38/15 vom 4. Und 11. September 2015

Die AfD sieht sich selbst im Aufwind – ob das stimmt, werden die nächsten Wahlen zeigen. Tatsächlich berichtet der AfD-Sprecher, die Auseinandersetzung mit Bernd Lucke habe ca. 20% der 21 000 Mitglieder zum Austritt bewegt, auch bei den Abgeordneten ist der Aderlass spürbar: Inzwischen sind nicht nur fünf von sieben Europa-Abgeordneten ausgetreten, auch sechs Landtags- und Bürgerschaftsabgeordnete haben der Partei den Rücken gekehrt. Bei den kommunalen Mandatsträgern sei die Verlustquote etwas niedriger als bei den Mitgliedern – ca. 15% hätten die AfD verlassen. Doch nun habe sich das Blatt gewendet, die Partei habe kaum noch Austritte, es lägen ca. 3000 neue Aufnahmeanträge vor. Das Blatt kommentiert, auch wenn die AfD aus verständlichen Gründen lange zum Thema Asyl geschwiegen habe, bestehe nun kein Zweifel mehr, dass „die Asylkrise … auch für die AfD auf Wochen, wenn nicht gar Monate das wichtigste Thema sein wird."

Dem ist die Partei inzwischen gefolgt – in der Ausgabe 38 berichtet das Blatt, die Partei habe ein „Sofortprogramm" zur „Asylproblematik" beschlossen. Darin fordert die Partei zum einen die Wiedereinführung von Kontrollen an den Grenzen der Bundesrepublik: „Einreisewillige Asylantragsteller aus sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten sind zurückzuweisen." Das Asylrecht müsse der jetzigen Lage angepasst werden – Asylanträge „sollen künftig nur noch in deutschen Botschaften oder in zu schaffenden internationalen Auffangzentren für Flüchtlinge gestellt werden." „Das Recht in Deutschland Asyl zu beantragen, ist aufzuheben." Das ist die faktische Abschaffung des Rechtes auf Asyl und verstößt außerdem gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Doch solche Feinheiten interessieren die AfD nicht, wenn sie hofft, mit populistischen Parolen wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Chefredakteur Dieter Stein behauptet, mit diesen Positionen wollen die AfD „die etablierten Parteien in dieser Frage vor sich hertreiben". Mal sehen, wer da wen treibt. Noch bewegen sich die Umfrageergebnisse für die AfD zwischen 3 und 6%, je nach Institut.

Und ALFA wird beäugt

Junge Freiheit Nr. 40/15 vom 25. September 2015

Bernd Lucke teilt mit, auch seine Partei sei im Aufwind. Sie habe inzwischen 1000 Mitglieder, 2500 Aufnahmeanträge lägen vor und jeden Tag kämen 20 dazu. Ob das reicht, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz anzutreten, kann man bezweifeln. Landesverbände existieren in diesen beiden Bundesländern sowie in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen, in den nächsten Wochen sollen Niedersachsen, Berlin und Nordrhein-Westfalen folgen. ALFA vermeidet offene Hetze gegen Geflüchtete – hat allerdings auch mit den Menschen, die kommen, ein Problem: „Lucke forderte die Bundesregierung auf, in der gegenwärtigen Asylkrise die Hilfe auf Familien, Frauen und Kinder zu konzentrieren, da diese am verletzlichsten seien. ‚Derzeit kommen aber vor allem kräftige junge Männer zu uns', kritisierte der frühere AfD-Vorsitzende." Auf jeden Fall gelinge es der Partei, erfolgreich „finanzielle Mittel" einzusammeln. Die Landtagswahlen werden zeigen, ob sich Lucke und seine Partei erneut etablieren kann.

Uld ■